

Protokoll 4/2022

Grosser Gemeinderat von Zug

**Sitzung vom Dienstag, 12. April 2022, 17:00 – 20:30 Uhr, Kantonsratssaal,
Regierungsgebäude, Zug**

Vorsitz: Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson

Protokoll: Markus Grüter, Protokollführer

Begrüssung, Entschuldigungen und Traktandenliste

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson eröffnet die 4. Sitzung des Grossen Gemeinderats in diesem Jahr und begrüsst nebst den Mitgliedern des Grossen Gemeinderats und des Stadtrats auch die Vertreter der Zuger Lokalmedien sowie vereinzelte Gäste.

Für die heutige Sitzung entschuldigt haben sich die Ratsmitglieder Mara Landtwing und Ivano De Gobbi; die übrigen 38 Mitglieder des Grossen Gemeinderats sind anwesend.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat beschlussfähig ist.

Der Stadtrat ist vollzählig zugegen.

Traktandenliste

- 1 Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 3 vom 22. März 2022
- 2 Wahl Spezialkommission (11 Mitglieder)
Kultur: Reglement über die Kulturförderung
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2727 vom 29. März 2022
- 3 Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben
- 4 Überweisung
Postulat Theo Iten, Die Mitte, und Mitunterzeichner, vom 22. März 2022 betreffend
Zugerbergbahn – Haltestelle «Bergli» Höhe Juchenegg
- 5 Hilfeleistung Ausland: Konflikt in der Ukraine, einmaliger Beitrag zur Nothilfe;
Nachtragskredit
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2721 vom 15. März 2022
Bericht und Antrag der GPK Nr. 2721.1 vom 4. April 2022
- 6 Hilfeleistungen Ausland: Covid-19; Unterstützung an die Zuger Institutionen Ruedi Leuppi
Stiftung Elfenbeinküste und Verein zur Unterstützung des Spitals Criuleni in Moldawien,
Unterstützung der internationalen Covax-Initiative, Gewährung eines einmaligen Beitrages;
Nachtragskredit
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2712 vom 25. Januar 2022
Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission Nr. 2712.1 vom 14. März 2022
- 7 Motion der FDP-Fraktion vom 3. März 2021 betreffend Taten statt Worte – liberale
Lösungen für mehr bezahlbaren Wohnraum
Zwischenbericht des Stadtrats Nr. 2715 vom 1. März 2022
- 8 Motion der Fraktion ALG-CSP vom 15. März 2021 betreffend Klima- und Energiecharta
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2717 vom 1. März 2022
- 9 Postulat der Mitte-Fraktion vom 29. September 2021 betreffend «Wiedereröffnung der
Mittelstation der Zuger Bergbahn»
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2720 vom 8. März 2022

- 10** Interpellation der GLP-Fraktion vom 18. Januar 2022 betreffend «Fragen zum Einsatz von Blockchain-Technologie für städtische Dienstleistungen»
Antwort des Stadtrats Nr. 2718 vom 8. März 2022
- 11** Interpellation der SP-Fraktion vom 6. Dezember 2021 betreffend Echtes Engagement oder Dienst nach Vorschrift - nimmt der Stadtrat seine Verantwortung bei der Umsetzung des Volksauftrages «Wohnen in Zug für alle» wirklich wahr?
Antwort des Stadtrats Nr. 2719 vom 8. März 2022
- 12** Postulat Jürg Messmer, SVP, vom 30. Juni 2020 betreffend «Angemessene Verdankung an abtretende Mitglieder des Grossen Gemeinderat, respektive des Kantonsrat» (Version Büro GGR)
Bericht und Antrag des Büros des Grossen Gemeinderats Nr. 2725 vom 18. März 2022
- 13** Postulat der SVP-Fraktion vom 5. Januar 2022 betreffend «Wir wollen den glasklaren Durchblick beim Spenden von Steuergeldern an gemeinnützige Hilfswerke (Non-Profit-Organisationen (NPO's). - Diese Transparenz erhalten wir mit dem Zewo*-Gütesiegel»
Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2726 vom 22. März 2022
- 14** Interpellation der Mitte-Fraktion vom 14. Dezember 2021 betreffend Aufgabenzuweisung an den Stadtrat durch den GGR
Antwort des Stadtrats Nr. 2723 vom 15. März 2022
- 15** Mitteilungen

1. Genehmigung der Traktandenliste und des Protokolls Nr. 3 vom 22. März 2022

Zur Traktandenliste:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass keine Änderungsanträge vorliegen. Die Traktandenliste gilt somit als stillschweigend genehmigt.

Zum Protokoll:

Das Wort wird nicht verlangt.

Ergebnis:

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass keine Berichtigungen eingegangen sind und das Protokoll demnach stillschweigend genehmigt ist.

2. Wahl Spezialkommission (11 Mitglieder) **Kultur: Reglement über die Kulturförderung**

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2727 vom 29. März 2022

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson bittet die Fraktionssprechenden in alphabetischer Reihenfolge der Fraktionen dem Rat mitzuteilen, welche Ratsmitglieder sie als Kommissionsmitglied und allenfalls für das Präsidium dieser Spezialkommission vorschlagen.

Stefan Hodel

Die Fraktion ALG-CSP schlägt Dagmar Amrein und Ignaz Voser für die Spezialkommission vor.

Christoph Iten

Die Mitte-Fraktion schlägt Richard Rüegg für die Spezialkommission vor, aufgrund seines langjährigen Engagements im Kulturbereich mit Fasnacht, Schwingfest, Vorstand Chollerhalleverein und so weiter ist er bestens qualifiziert.

Etienne Schumpf

Die FDP-Fraktion schlägt Alexander Kyburz, Laurence Uttinger und Daniel Blank für die Spezialkommission vor.

David Meyer

Die GLP-Fraktion schlägt Stefan W. Huber für die Spezialkommission vor.

Heinz Röthlisberger

Die SP-Fraktion schlägt Barbara Gysel und Jérôme Peter für die Spezialkommission vor. Zusätzlich wird Jérôme Peter als Präsident der Spezialkommission vorgeschlagen.

Gregor R. Bruhin

Die SVP-Fraktion schlägt Jürg Messmer und Roman Küng für die Spezialkommission vor.

Folgende Vorschläge für die Besetzung der Spezialkommission sind eingegangen:

- Für die ALG-CSP: Dagmar Amrein und Ignaz Voser
- Für die Mitte: Richard Rüegg
- Für die FDP: Alexander Kyburz, Laurence Uttinger und Daniel Blank
- Für die GLP: Stefan W. Huber
- Für die SP: Barbara Gysel und Jérôme Peter (Präsidium)
- Für die SVP: Jürg Messmer und Roman Küng

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass für die 11er-Kommission 11 Mitglieder vorgeschlagen wurden. Die vorgeschlagenen Gemeinderätinnen und Gemeinderäte sind somit stillschweigend gewählt.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass für das Kommissionspräsidium **Jérôme Peter** vorgeschlagen wurde. Er ist ebenfalls stillschweigend gewählt.

3. Eingänge parlamentarische Vorstösse und Eingaben

Postulat Theo Iten, Die Mitte, und Mitunterzeichner, vom 22. März 2022 betreffend Zugerbergbahn – Haltestelle «Bergli» Höhe Juchenegg

Die Bauarbeiten am Trasse der Zugerbergbahn sind zurzeit in vollem Gange.

Für eine optimale Erschliessung für die Anwohner der Juchenegg an den ÖV mit einer Haltestelle «Bergli» ist jetzt der richtige Zeitpunkt die Weichen zu stellen. Auch in Hinblick auf die neue Nutzung der Sennhütte, beispielsweise für die Pfadi, welche noch in Verhandlung mit dem Kanton ist, bringt eine Haltestelle nur Vorteile mit sich, die Sennhütte mit dem ÖV zu erreichen.

Der Stadtrat soll jetzt die Gelegenheit nutzen und die Möglichkeit prüfen, in Zusammenarbeit mit der Korporation Zug und der Zugerbergbahn, eine Haltestelle «Bergli» zu realisieren, mit der Möglichkeit «Halt auf Verlangen».

Ergebnis

Das Postulat ist an der heutigen Sitzung unter Traktandum 4 zur Überweisung traktandiert.

Interpellation der FDP-Fraktion vom 31. März 2022 betreffend «Moderne Recyclingstationen für den öffentlichen Raum»

Die Stadt Zug hat am See und weiteren beliebten öffentlichen Räumen in den letzten Jahren zahlreiche neue Abfalleimer mit genügend Kapazitäten erstellt, welche beim Aufenthalt am See rege genutzt werden.

Was bei diesen Abfalleimern noch fehlt, ist die Möglichkeit Wertstoffe separat zu entsorgen, damit die Umwelt entlastet und die entsprechende Entsorgung erleichtert werden kann.

Moderne Recyclingstationen werden es der Zuger Bevölkerung einfacher machen, einen weiteren kleinen, dafür selbstständigen Schritt zu mehr Umweltschutz zu leisten.

Die Gemeinde Cham hat im letzten Sommer erfolgreich entsprechende Recyclingstationen in einem Pilotversuch im Hirsgarten getestet (vgl. <https://www.cham.ch/medienmitteilungen/1207073>). Für diesen Sommer wird Cham weitere Stationen in Betrieb nehmen.

Vor diesem Hintergrund stellen wir dem Stadtrat folgende Frage:

Plant der Stadtrat im öffentlichen Raum – i.B. am See – Recyclingstationen mit der Möglichkeit zur Wertstofftrennung in Betrieb zu nehmen?

Beispiel einer Recyclingstationen in Cham:



Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

Einzelinitiative der Jungen Alternativen Zug vom 6. April 2022 betreffend «Zuger Budgetüberschuss für humanitäre Hilfe in der Ukraine»

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates

Gestützt auf §12 der Gemeindeordnung der Stadt Zug reichen wir, Julia Küng, Delia Meier und Luzian Franzini als Vertreter*innen der Jungen Alternativen Zug, folgende Einzelinitiative ein.

Einzelinitiative an den Grossen Gemeinderat (GGR) der Stadt Zug: Zuger Budgetüberschuss für humanitäre Hilfe in der Ukraine

Die Stadt Zug konnte im Jahr 2021 einen Budgetüberschuss von 77,2 Millionen verbuchen. Für die Junge Alternative Zug ist klar, dass dieser Überschuss in Zeiten des Krieges und der humanitären Krise solidarisch eingesetzt werden muss. Deshalb fordern wir, dass die humanitäre Direkthilfe in der Ukraine und den Nachbarländern mit zwei Millionen Franken unterstützt wird.

Seit einem Monat herrscht in der Ukraine Krieg. Die humanitäre Krise vergrössert sich mit jedem Kriegstag. Schätzungsweise zwei Millionen Menschen sind auf der Flucht innerhalb der Ukraine. Sie brauchen Schlafplätze, Wasser, Nahrung, Medikamente und Strom. Es drohen Versorgungsengpässe und die Lieferungen von humanitären Gütern ist durch Blockaden teilweise sehr schwierig.

Über 4,2 Millionen Menschen sind aus der Ukraine geflohen. Auch in den Nachbarländern sind die Bedürfnisse enorm, insbesondere Polen, Rumänien, Moldau und die Slowakei gilt es die Nothilfe für die Aufnahme, Unterbringung und Versorgung zu unterstützen. Die Notlage wird auch in den nächsten Monaten gross bleiben. Als reiche Stadt mit unverhofft grossen Überschüssen sind wir dazu verpflichtet, grosszügig zu helfen.

Die Stadt Zug profitiert nicht nur seit Jahren durch Steuereinnahmen von hier ansässigen Firmen, welche nicht nur klimaschädliche Rohstoffe handeln, sondern auch autokratische Regime stützen. Indem Rohstofffirmen in Zug unbehelligt weiter handeln können, wird Putins Kriegskasse weiter gefüllt. Auch deshalb steht die Stadt Zug in besonderer Verantwortung, einen grosszügigen Beitrag zu leisten.

Die vorliegende Einzelinitiative fordert den Grossen Gemeinderat der Stadt Zug dazu auf, zwei Million Franken des Gewinns aus der Rechnung 2021 als humanitäre Direkthilfe an erprobte Organisationen zu spenden, die in der Ukraine und den Nachbarländern humanitäre Hilfe leisten.

Besten Dank für die Berücksichtigung des Anliegens

Ergebnis

Die Einzelinitiative wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

Motion P. Steinle, ALG-CSP, vom 6. April 2022 betreffend «erneuerbare dezentrale einheimische Energieproduktion fördern jetzt!»

Die Stadt Zug unterstützt in den Jahren 2022-24 die Errichtung von kleinen privaten Solaranlagen durch Verdoppelung der Einmalvergütung des Bundes.

Begründung:

Bedingt durch den Ausstieg aus den fossilen Energien für Heizen und Mobilität steigt der Strombedarf.

Dieser soll möglichst durch krisenresistente, ungefährliche, dezentrale und erneuerbare Energiequellen gedeckt werden. Mit kurzfristig erhöhten Anreizen zur Erstellung von Solaranlagen kann die Stadt Zug einen Beitrag für eine erneuerbare, dezentrale einheimische Energieproduktion im Sinne eines Impulsprogramms leisten und durch die damit verbesserte Unabhängigkeit von Energieträgern wie Gas und Öl mithelfen, die liberalen Demokratien Europas gegen die brutale russische Aggression zu verteidigen.

Damit Investoren, Planer und Unternehmen genügend Zeit für die Projektierung und Realisierung bleibt, beantrage ich sofortige Behandlung und Erheblicherklärung. Durch die Anlehnung an bestehende Förderprogramme und deren Kriterien entsteht der Stadt Zug „nur“ finanzieller Aufwand, eine rasche und unkomplizierte Umsetzbarkeit ist gegeben.

Ergebnis

Die Motion wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert. Der Motionär beantragt sofortige Behandlung gemäss § 42 Abs. 1bis der Geschäftsordnung.

Motion P. Steinle, ALG-CSP, vom 6. April 2022 betreffend «raus aus dem Gas»

Die Stadt Zug verdoppelt in den Jahren 2022 und 2023 den variablen Anteil des kantonalen Förderbeitrags beim Ersatz einer Gasheizung durch eine Heizung mit erneuerbaren Energien. Bei einem Anschluss ans Circulago-Netz verdoppelt sie die kantonale Anschlussprämie.

Begründung:

Der Ausstieg aus den fossilen Energien wird weltweit angestrebt, um den menschengemachten Klimawandel und dessen Auswirkungen zu begrenzen.

Aktuell muss europaweit der Fokus auf einer möglichst raschen Unabhängigkeit von russischem Gas liegen, um dem brutalen Angriff auf die Ukraine und indirekt alle liberalen Demokratien entschieden entgegenzutreten zu können.

Die Stadt Zug kann das unterstützen, indem sie gezielt die Anreize für den Ersatz von Gasheizungen massiv erhöht. Wichtig ist dabei die zeitliche Beschränkung, damit ein eigentliches Impulsprogramm ausgelöst wird. Damit verschaffen wir gleichzeitig dem Einheimischen Gewerbe durch das damit erworbene Know-How und die aufgebaute Kapazität einen Wettbewerbsvorteil in diesem Wachstumsmarkt.

Angesichts von 1024 Gasheizungen Anfang 2022 ist unter der Annahme, dass ein Drittel davon in den nächsten zwei Jahren ersetzt wird mit Kosten in der Höhe von etwa 2 Mio CHF zu rechnen. Freiheit und Unabhängigkeit haben einen Preis, den sich Zug angesichts der Überschüsse der letzten Jahre leisten kann.

Die Zuschüsse kommen auch Mietern zu Gut: Es werden weniger Investitionskosten überwältigt, die Nebenkosten sinken tendenziell und sie unterstützen beim Heizen nicht zwangsläufig das Putin-Regime.

Damit Eigentümer, Planer und Unternehmen genügend Zeit für die Projektierung und Realisierung bleibt, beantrage ich sofortige Behandlung und Erheblicherklärung. Durch die Anlehnung an bestehende Förderprogramme und deren Kriterien entsteht der Stadt Zug „nur“ finanzieller Aufwand, eine rasche und unkomplizierte Umsetzbarkeit ist gegeben.

Ergebnis

Die Motion wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert. Der Motionär beantragt sofortige Behandlung gemäss § 42 Abs. 1bis der Geschäftsordnung.

Motion P. Steinle, ALG-CSP, vom 6. April 2022 betreffend «Eindämmen jetzt!»

Die Stadt Zug verdoppelt in den Jahren 2022-24 die kantonalen Beiträge für Wärmedämmung von Gebäudehüllen.

Begründung:

Auf absehbare Zeit wird kein Überfluss an Klima- und umweltfreundlicher Energie herrschen. Entsprechend ist es intelligent und effizient, unnötigen und unnützen Energieverbrauch durch Wärmeverluste an die Umwelt zu reduzieren.

Die damit eingesparte Energie wird europaweit dringend gebraucht zur Verteidigung der liberalen Demokratien. Deshalb sollen die bestehenden Anreize ausgebaut und die Massnahmen möglichst rasch umgesetzt werden. Die Stadt Zug kann sich das leisten und je früher der Gebäudepark energetisch saniert wird, desto besser, auch unabhängig von den Erpressungsversuchen des russischen Regimes.

Ergebnis

Die Motion wird an der nächsten Ratssitzung zur Überweisung traktandiert.

Interpellation D. Amrein, ALG, und Mitunterzeichnende, vom 8. April 2022 betreffend «Was ist los im Baudepartement?»

In den letzten Monaten häufen sich die Kündigungen im Baudepartement. Letztes prominentes Beispiel war die Kündigung des Stadtarchitekten. Auch von langen krankheitsbedingten Ausfällen ist die Rede. Wir fragen uns: Was ist los im Baudepartement?

Zug wächst und damit stehen im Baudepartement diverse Projekte an, demnächst insbesondere die Ortsplanungsrevision. Ein gut funktionierendes, gut geführtes Departement, in welchem konstruktiv zusammengearbeitet wird, ist für die Umsetzung derselben matchentscheidend. Deshalb bitten wir die zuständige Stadträtin folgende Fragen zu beantworten. Bei sämtlichen Teilfragen beziehen wir uns auf den Zeitraum 2015 - 2021. Wir ersuchen Sie, das Baudepartement und den Werkhof jeweils getrennt auszuweisen.

1. Fluktuationsrate

Wir möchten gerne mehr zur Fluktuationsrate des Baudepartments erfahren.

1a) Wie hoch war die jährliche Bruttofluktuation? (Bruttofluktuation = sämtliche Austritte im Kontext der Gesamtanstellungen in diesem Zeitraum).

1b) Wie hoch war die jährliche Nettofluktuation? (Nettofluktuation = Bruttofluktuation abzüglich Austritte in Folge Pensionierung oder befristeten Arbeitsverträgen).

1c) Wie viele Kündigungen waren jährlich zu verzeichnen? Bitte in absoluten Zahlen und unterteilt nach Arbeitnehmer- und Arbeitgeberkündigungen ausweisen.

1d) Wie viele Kündigungen von Arbeitnehmenden mit Anstellungsdauer über 10 Jahre bei der Stadt Zug waren jährlich zu verzeichnen?

1e) Wie verhielten sich bei den Fragen 1a – 1d das jährliche Verhältnis zur restlichen Stadtverwaltung (exkl. Lehrpersonal)?

Bitte begründen Sie die allfällig höhere Fluktuationsrate.

2. Austrittsvereinbarungen

Die nächsten Fragen betreffen mögliche Austrittsvereinbarungen und deren Kosten.

2a) Mit wie vielen Mitarbeitenden wurde eine Austrittsvereinbarung getroffen (absolute Zahlen pro Jahr)?

2b) Wurden Austrittszahlungen an austretende Mitarbeitende geleistet (indirekte und direkte Zahlungen)? Wenn ja, was war der jährliche Gesamtbetrag für diese Zahlungen?

2c) Wurden Mitarbeitende freigestellt?

- Wenn ja, was waren die jährlich total aufsummierten Freistellungstage und was war der jährliche Totalbetrag der aufsummierten Lohnleistungen für welche die Stadt Zug keine Arbeitsleistung der betroffenen Mitarbeitenden mehr erhalten hat?

2d) Wie verhielten sich bei den Fragen 2a - 2c das jährliche Verhältnis zur restlichen Stadtverwaltung (exkl. Lehrpersonal)?

3. Krankheitsausfälle

Die nächsten Fragen betreffen mögliche Krankheitsausfälle.

3a) Wie hoch war das Total der Krankheitstage pro Jahr?

3b) Wie viele Mitarbeitende sind in absoluten Zahlen pro Jahr

- mehr als ein Monat
- mehr als zwei Monate
- mehr als drei Monate
- mehr als sechs Monate

krankheitsbedingt ausgefallen?

3c) Wie hoch war das Total der Lohnzahlungen, die trotz Krankheitsabsenz ausbezahlt werden mussten?

3d) Wie hoch war das Total der Krankentaggeldzahlungen, welche das Baudepartement als Arbeitgeberin erhalten hat für die krankheitsbedingten Abwesenheiten?

3d) Wie verhielten sich bei den Fragen 3a - 3c das jährliche Verhältnis zur restlichen Stadtverwaltung (exkl. Lehrpersonal)?

4. Unbesetzte Stellen

Gibt es Stellen, die über längere Zeit nicht besetzt werden konnten? Wenn ja, welche?

5. Organigramm

Das Baudepartement wurde im vergangenen Jahr umstrukturiert. Wie sieht das aktuelle Organigramm der Bauabteilung aus? Wie sah das Organigramm vor der Umstrukturierung aus? Bitte begründen Sie die Veränderungen.

Wir danken für die schriftliche Beantwortung unserer Interpellation

Ergebnis

Gemäss § 43 Abs. 2 der Geschäftsordnung hat der Stadtrat für die schriftliche Beantwortung von Interpellationen drei Monate Zeit.

**4. Postulat Theo Iten, Die Mitte, und Mitunterzeichner, vom 22. März 2022 betreffend Zugerbergbahn – Haltestelle «Bergli» Höhe Juchenegg
Überweisung**

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson verweist auf Postulatstext und Begründung durch die Postulierenden.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass zur Überweisung das Wort nicht verlangt und kein Nichtüberweisungsantrag gestellt wird.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat das Postulat stillschweigend überwiesen hat.

5. Hilfeleistung Ausland: Konflikt in der Ukraine, einmaliger Beitrag zur Nothilfe; Nachtragskredit

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2721 vom 15. März 2022
- Bericht und Antrag der GPK Nr. 2721.1 vom 4. April 2022

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Die GPK hat sich am 4. April, das war vor acht Tagen, an ihrer ordentlichen Sitzung mit diesem Geschäft «Hilfeleistung Ausland: Konflikt in der Ukraine, einmaliger Beitrag zur Nothilfe» befasst und hat das in einer Sitzung beraten. Aus dem Kreise der Mitglieder – anwesend waren 5 Mitglieder, 2 Mitglieder waren entschuldigt – kam der Antrag, die Summe, die der Stadtrat auf CHF 400'000.00 festgelegt hatte und auf vier verschiedene Hilfswerke aufteilt, um je CHF 25'000.00 auf gesamthaft CHF 500'000.00 zu erhöhen.

Diesem Antrag und ebenfalls der Vorlage des Stadtrates wurde einstimmig mit 5:0 Stimmen zugestimmt.

Die GPK empfiehlt Ihnen also, dem Antrag auf Erhöhung des Beitrages von CHF 400'000.00 auf CHF 500'000.00 zuzustimmen. Im Antrag sind die einzelnen Hilfswerke aufgeführt. Es sind dies das Schweizerische Rote Kreuz, die Caritas, die Glückskette und das HEKS.

Weitere Anträge zur Geldverwendung an andere Partner oder Organisationen wurden in der GPK nicht gestellt. In diesem Sinne empfehle ich Ihnen, dem GPK-Antrag zu folgen.

Barbara Gysel

Die SP unterstützt den Antrag der GPK auf Erhöhung des Kredits ausdrücklich – nämlich CHF 500'000.00 anstelle der CHF 400'000.00 wie vom Stadtrat vorgeschlagen.

Das ist angesichts der Not in der Ukraine wohl ein Tropfen auf den heissen Stein, aber immerhin.

Wir wissen es, unser Reichtum führt auch Verpflichtung mit sich. Wir können und sollen schnell und unbürokratisch Hilfe leisten, und zwar über Partnerinnen und Partner. Das gilt für die Ukraine, aber nicht nur. Der dortige Krieg ist zu verurteilen und verstärkte Massnahmen gegen Russland scheinen nötig. Die Hilfe zur Linderung der Not von Kriegsopfern steht hier nun aber im Vordergrund.

Trotz der substanziellen Überschüsse tat und tun wir uns in der Stadt Zug zuweilen schwer mit den Hilfeleistungen im In- und Ausland. Das gilt aber auch für andere Gemeinden im Kanton und der Kantonsrat hat an seiner letzten Sitzung daher übrigens das Postulat der SP überwiesen. Wir verlangen die Errichtung eines Fonds, aus welchem je hälftig Projekte der Not- und Soforthilfe sowie der Linderung von Härtefällen im In- und Ausland unterstützt werden. Also nicht nur einmalige Hilfe, sondern permanente Hilfe. Und Sie erinnern sich, es ist die analoge Forderung, die wir auch schon hier GGR gestellt haben.

Die SP wird also wie erwähnt den Antrag der GPK unterstützen. Gleichzeitig möchten wir es nicht lassen, noch auf zwei Aspekte aufmerksam zu machen.

So notwendig die finanzielle Unterstützung auch über Hilfsorganisationen ist, so komplex und herausfordernd stellt sich die Gesamtsituation dar, gerade eben auch in der Ukraine. Der Europäische Rechnungshof, quasi der Hüter der EU-Finzen, hat im letzten September, also vor Kriegsausbruch, in einem Sonderbericht und in recht drastischen Worten auf die Herausforderungen der finanziellen Unterstützung hingewiesen. Der gleiche Rechnungshof hat zurecht nach Kriegsausbruch seine volle Solidarität gegenüber der Ukraine ausgesprochen. Das ist auch wirklich nötig. Er hat aufmerksam gemacht auf die Gefahren, auch von privaten Interessen.

Was wir hier beschliessen, verfolgt unseres Erachtens den richtigen Ansatz. Es geht um Unterstützungen über Hilfswerke. Die Zivilgesellschaft soll gestärkt werden, denn unter der Aggression Russlands leidet vor allem sie am allermeisten.

Dieser Weg über die Hilfsorganisationen und nicht über die grosse Kelle, deren Wirksamkeit leider zuweilen in Frage gestellt werden muss, ist erfolgsversprechender.

Es ist ebenfalls unabdingbar, dass wir nicht nur schnelle Hilfe zu leisten bereit sind, sondern auch längerfristig weiterdenken. Dabei gilt es aber eben, die Herausforderungen zu anerkennen, auch von den privaten Interessen.

Fazit Nr. 1: Weiterdenken und die Komplexität anerkennen.

Zweitens: Die SP tat es schon mehrmals kund, es braucht neben der Solidarität nach aussen auch jene gegen innen. Das heisst, hier in der Stadt, aber auch in der Region sollten wir gut gerüstet sein für die Aufnahme und das Zusammenleben der Angekommenen und der ankommenden Flüchtlinge aus der Ukraine. Wir gehen auch hier von einer sehr vielschichtigen Aufgabe aus, weil verschiedenste Lebensbereiche angesprochen sind.

Hier wären wir gespannt, vom Stadtrat in adäquater Form Informationen zum Stand der jetzigen plus geplanten Massnahmen zu erfahren. Nicht unbedingt heute, aber zum geeigneten Zeitpunkt.

Danke daher vorerst für die Unterstützung des GPK-Antrags.

Manuela Leemann

Wir finden es grundsätzlich schon speziell, dass die GPK regelmässig Beiträge erhöht. Aber hier können wir uns dem höheren Beitrag von insgesamt CHF 500'000.00 durchaus anschliessen.

Ich verzichte auf lange Ausführungen zur Krise. Es ist schrecklich, was geschieht, unzählige Menschen verlieren alles, was sie haben, und müssen unvorstellbare Schicksale durchleben. Wir finden es richtig, dass die Stadt Zug hier einen Beitrag leistet, obwohl die Auslandhilfe eigentlich eine Bundesaufgabe darstellt.

Eigentlich ist es uns ein Anliegen, möglichst nachhaltig unterstützen zu können. Daher begrüssen wir die Idee des GPK-Präsidenten sehr, in der Ukraine eine Partnerstadt zu finden und diese beim Wiederaufbau dann zu unterstützen.

Wir leisten aber auch gerne jetzt schon einen Beitrag und finden es gut, dass dieser auf vier Projekte aufgeteilt wird. Der Stadtrat hat sich vier erfahrene Hilfsprojekte ausgesucht. Den Sinn der vier Projekte können wir durchaus nachvollziehen.

Wir haben uns jedoch mit der Frage beschäftigt, ob diese Hilfswerke die richtigen für unseren Stadtbeitrag sind. Die Solidarität mit der Ukraine ist gross und es wird auch viel gespendet. Gerade heute konnte man am Radio hören, dass bei der Glückskette bereits fast CHF 111 Mio. für die Ukraine eingegangen sind. Unsere Recherchen schon vor einer Woche bei der Glückskette haben ergeben, dass sehr viel gespendet wurde und sie derzeit leider gar nicht so viel machen können. Die Spenden können momentan zum Teil gar nicht so verwendet werden, wie man eigentlich möchte, denn in den

betroffenen Gebieten können sie derzeit nicht so viel machen und es besteht auch die Gefahr, dass Geldspenden vielleicht dann einfach anders verwendet werden.

Daher stellen wir den Antrag, dass die CHF 125'000.00, die eigentlich für die Glückskette vorgesehen sind, an eine Organisation gespendet werden, die sich um ukrainische Flüchtlinge in der Schweiz kümmert. Barbara Gysel hat schön aufgezeigt, was für Herausforderungen hier auf uns zukommen. Wir würden hier dem Stadtrat die Kompetenz geben, eine Organisation zu suchen, die dies dann vornimmt.

Wir denken, dass wir mit CHF 125'000.00 an eine Organisation in der Schweiz mehr bewirken zu können als mit einem Beitrag an die Glückskette.

Die anderen drei Beiträge von CHF 125'000.00 unterstützen wir.

Abschliessend möchten wir uns bei allen bedanken, die sich bei Hilfswerken oder privat für die Flüchtenden einsetzen.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson fragt, ob der Antrag der CVP-Fraktion auch schriftlich vorliegt.

Manuela Leemann

Nein, der Antrag liegt nicht schriftlich vor. Aber er lautet, dass der Betrag von CHF 125'000.00 statt an die Glückskette an eine Organisation geht, die der Stadtrat bestimmt.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson fügt präzisieren an, dass der Betrag an eine Organisation zur Unterstützung der Flüchtlinge in der Schweiz gehen soll.

Jürg Messmer

Krieg in Europa. Niemand wollte wahrhaben, dass so etwas passieren könnte.

Seit dem 24. Februar 2022 fallen Bomben auf unserem Kontinent und russische Bodentruppen dringen in die Ukraine ein. Seit dem letzten Weltkrieg gab es keinen vergleichbaren Angriffskrieg auf unserem Kontinent. Das Leid der ukrainischen Zivilbevölkerung ist riesig.

Die SVP-Fraktion verschliesst sich nicht gegen das Leid der Zivilbevölkerung in der Ukraine und wird daher dieses Mal nicht gegen die stadträtliche Vorlage stimmen.

Jedoch sei an dieser Stelle erwähnt, dass dies als Ausnahme festzuhalten ist. Die SVP-Fraktion vertritt noch immer die Auffassung, dass Auslandhilfe Sache des Bundes oder von Privaten ist und nicht von den Gemeinden.

Daher werden in Zukunft wiederum weitere Vorlagen betreffend Auslandhilfe abgelehnt.

Erlauben Sie mir eine Randbemerkung. Thomas Werner, Präsident der SVP Kanton Zug, macht es vor: Innert kurzer Zeit hat er 5 Tonnen Lebensmittel im Wert von rund CHF 10'000.00 organisiert. Diese sind nun unterwegs nach Polen als Unterstützung für die über 10'000 Flüchtlinge aus der Ukraine. Sie sehen es, private Spenden funktionieren auch.

Karen Umbach

Das Schicksal der Menschen aus der Ukraine ist uns nicht egal. Wir haben es hier mit einer sehr grossen Tragödie zu tun und aus diesem Grund begrüsst die FDP-Fraktion grossmehrheitlich das Vorhaben des Stadtrats und den Antrag seitens der GPK. In Vielem fühlen wir uns ohnmächtig, je schrecklicher die Bilder, umso grösser ist auch unser Bedürfnis zu helfen. Wir sind alle gemeinsam, Kanton, Gemeinde, Bevölkerung, gefordert, in irgendeiner Form zu handeln.

CHF 500'000.00 verteilt auf vier bekannte und vertrauenswürdige Organisationen ist einerseits viel Geld und andererseits nur ein Tröpfchen auf den heissen Stein. Von den mehr als 44 Millionen Ukrainern und Ukrainerinnen sind über ein Viertel auf der Flucht. 4.3 Millionen im Ausland und 7.1 Millionen innerhalb der Ukraine.

Das ist eine unvorstellbare Zahl von Menschen, deren Lebensgrundlage verschwunden ist. Menschen, die noch vor einigen Wochen ein Zuhause, einen Beruf, Geld, alles – anders gesagt, ein normales Leben hatten. Der von der Stadt Zug geleistete Beitrag wird ihr vorheriges Leben leider nicht zurückbringen können, aber hoffentlich das Leid etwas verringern.

Hoffentlich wird dieser furchtbare Krieg bald ein Ende haben und deswegen finden wir auch die Idee der GPK weiter prüfungswert.

Wenn ich mir noch eine persönliche Bemerkung erlauben darf. Diese ist nicht mit der Fraktion abgesprochen. Nichtsdestotrotz möchte ich Sie bitten, den Antrag der Mitte-Partei nicht zu unterstützen. Auf den ersten Blick tönt er sehr sympathisch – wir helfen denjenigen, die Zuflucht in der Schweiz gefunden haben. Aber von den über 11 Millionen Menschen, die auf der Flucht sind, sind lediglich 28'000 in der Schweiz. Wir sollten helfen, wo es am dringendsten ist – und das ist primär im Ausland, in der Ukraine und in den umliegenden Ländern.

Stefan Hodel

Selbstverständlich unterstützen wir diese Vorlage und sagen einstimmig Ja zur vorgesehenen Ausgabe zu Gunsten der Ukraine. Wir sagen auch ja zu der durch die GPK beantragten Erhöhung um CHF 100'000.00. Wie unser Vertreter in der GPK schon gesagt hat, kann es sich hier aber nur um einen ersten kleinen Teilbetrag handeln, dies in Anbetracht der grossen Not einerseits, aber auch im Hinblick auf die sehr gute finanzielle Lage, in der sich unsere Stadt befindet. Wir haben die Mittel, weit grössere Hilfe zu leisten. CHF 500'000.00 entsprechen CHF 16.00 pro Einwohner. Wenn wir CHF 500'000.00 überweisen, so reduziert sich das Vermögen pro Einwohner um 1.4 Promille. In einer späteren Phase müssen weitere Mittel fliessen. Die Stadt Zug kann es sich leisten, beim Wiederaufbau tatkräftig mitzuhelfen.

Zum Antrag der Mitte: Die Glückskette soll in Anbetracht der Tatsache, dass sie bereits sehr viele Gelder zur Verfügung hat, nicht berücksichtigt werden. Die Glückskette hat selber keine eigenen Projekte. Die Hilfswerke können bei der Glückskette Projekte eingeben und die Gelder werden dann weiterverteilt. Die Glückskette ist eine Sammelorganisation und nicht ein Hilfswerk. Ich zweifle persönlich nicht daran, dass es gelingen wird, diese aktuell CHF 111 Mio. sinnvoll einzusetzen. Nicht jetzt in den nächsten zwei, drei Wochen, sondern langfristig. Die Schäden sind so gross, das ist kein Problem, dieses Geld dann langsam und sinnvoll einzusetzen.

Deshalb bin ich der Meinung, dass man die Glückskette trotzdem beglücken soll.

Die Hilfe in der Schweiz ist in erster Linie staatlich organisiert. Ich sage dies als Sozialarbeiter, der während 30 Jahren im Asylwesen in der Schweiz tätig war. Es dürfte schwierig sein, da auf die Schnelle in der Schweiz eine Organisation zu finden, die im Inland konkrete Hilfe organisiert.

Es freut mich sehr, dass die SVP für einmal über den Schatten springt und dieses Mal für die Auslandhilfe ist.

David Meyer

Auch die GLP unterstützt die Erhöhung auf CHF 500'000.00 für diese Auslandnothilfe.

Was ich noch mitgeben will, ist: Wir sollten uns jetzt auf diesen Vorschlag, der im Raum steht, fokussieren – weder auf künftige Fonds für irgendwas noch auf staatliche Lokalhilfe oder auf ein Umschwenken der Gelder auf eine andere Organisation.

Nein, wir fokussieren uns auf die Hilfe, die jetzt im Raum steht, und ich bitte Sie, diese Hilfsprojekte zu unterstützen.

Benny Elsener

Ergänzend zum Votum von der Mitte möchte ich noch dir, geschätzter Stefan, mit auf den Weg geben: Die Mitte-Fraktion möchte jetzt helfen und nicht in einer späteren Phase – beziehungsweise eine spätere Phase könnte ein nächstes Thema sein.

Jetzt helfen heisst, wir müssen jetzt jene Organisationen unterstützen, die vor Ort – wenn es jetzt nicht in der Schweiz geht – helfen.

Die Glückskette ist ein super Instrument, um kurzfristige Spenden einzuholen, und zwar über das Schweizer Fernsehen, denn dort machen sie die beste Werbung oder haben sie die grösste Plattform. So kommt relativ viel Geld in kurzer Zeit rein.

Die Glückskette ist nicht operativ. Das heisst, sie bekommt das Geld und gibt es weiter an die Organisationen. Wenn wir jetzt Geld an die Glückskette geben, kann es sein, dass diese das Geld an die Caritas gibt. Dann sind wir wieder gleich weit.

Also können wir von uns aus das Geld gleich direkt an eine Organisation geben, die uns passt.

Ich mache einen Eventualantrag, dass wir anstelle der Glückskette die Organisation «Ärzte ohne Grenzen» unterstützen. Sicher haben Sie regelmässig im Fernsehen gesehen und gehört, wie diese Ärzte vor Ort einen super Job machen. Es kommen verletzte Kinder und Frauen über die Grenze oder an der Grenze an – und die brauchen dringend Unterstützung.

Ich bitte Sie, diesen Antrag zu unterstützen.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson fragt, ob dieser Eventualantrag zum Tragen kommt, falls der Antrag der Mitte-Fraktion nicht durchkommt.

Benny Elsener bestätigt, dass dies korrekt ist.

André Wicki, Stadtrat

Vielen Dank für Ihre wohlwollenden Ausführungen.

Am 15. März, zum Zeitpunkt von Bericht und Antrag, waren bereits 1.7 Millionen Menschen geflüchtet. Zwei Wochen später waren es 3 Millionen. Gestern waren es 4.6 Millionen. Da braucht es keine weiteren Wortmeldungen mehr.

Zum Antrag von der Mitte: Ich glaube, wir sind uns alle einig, wir wollen schnell und unkompliziert handeln. Wir haben hier leider auch schon Erfahrung aus der Coronazeit: Subsidiaritätsprinzip – Bund, Kanton und Gemeinde.

Die Empfehlung des Stadtrats ist erstens, dass Sie dem GPK-Antrag auf Erhöhung Folge leisten: CHF 100'000.00 mehr, total CHF 500'000.00.

Das Zweite kommt von mir als Vertreter vom Stadtrat in diesem Geschäft. Es ist doch ein Sowohl-als-auch. Die Stadt Zug will unkompliziert mit CHF 500'000.00 helfen und der Kanton ist hier ebenfalls in der Pflicht – Bund, Kanton und Gemeinde. Und der Kanton ist da ja entsprechend wirklich sehr stark dran. Also bitte nicht vermischen – Subsidiaritätsprinzip. Unterstützung mit CHF 500'000.00 auf jeden Fall. Wir haben hier die vier Hilfswerke. Ich weiss, dass das Geld bei der Glückskette in verschiedene Hilfswerke fliesst. Aber lassen Sie hier den Franken rollen. Die Hilfe wird benötigt. Lassen Sie uns da nicht verzetteln, dass wir in Diskussionen einsteigen. Es braucht Hilfe. Besten Dank.

Beratung Beschlussentwurf

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Stadtrat den Antrag der GPK auf Erhöhung übernommen hat.

Zu Ziff. 3 liegt folgender Antrag der Mitte-Fraktion vor:

CHF 125'000.00 sollen statt an die Glückskette an eine vom Stadtrat noch zu bestimmende Organisation gehen, die ukrainische Flüchtlinge in der Schweiz unterstützt.

Abstimmung Nr. 1

- Für den Antrag des Stadtrats (CHF 125'000.00 an die Glückskette) stimmen 19 Ratsmitglieder
- Für den Antrag der Mitte-Fraktion stimmen 15 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 1

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Antrag der Mitte-Fraktion abgelehnt hat. Somit kommt nun der Eventualantrag von Benny Elsener zum Tragen. Der Eventualantrag lautet, dass CHF 125'000.00 statt an die Glückskette an die Organisation «Ärzte ohne Grenzen» gespendet werden soll.

Abstimmung Nr. 2 (ungültig)

- Für den Antrag des Stadtrats (Glückskette) stimmen 20 Ratsmitglieder
- Für den Antrag von Benny Elsener (Ärzte ohne Grenzen) stimmen 14 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 2

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass es im Rat Unstimmigkeiten beim Verständnis der Abstimmungsfrage gab. Auf Antrag von Benny Elsener wird die Abstimmung wiederholt.

Abstimmung Nr. 3

- Für den Antrag des Stadtrats (Glückskette) stimmen 21 Ratsmitglieder
- Für den Antrag von Benny Elsener (Ärzte ohne Grenzen) stimmen 15 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 0

Ergebnis Abstimmung Nr. 3

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Antrag von Benny Elsener abgelehnt hat.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass zu Titel, Ingress und Ziff. 1 – 8 das Wort nicht verlangt wird und keine weiteren Anträge gestellt werden.

Abstimmung Nr. 4 (Schlussabstimmung)

- Für den Beschlussentwurf stimmen 35 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf stimmen 0 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 1

Ergebnis Abstimmung Nr. 4

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat dem Beschlussentwurf zugestimmt hat.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1746

betreffend Hilfeleistung Ausland: Konflikt in der Ukraine, einmaliger Beitrag zur Nothilfe; Nachtragskredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2721 vom 15. März 2022:

1. Dem Schweizerischen Roten Kreuz (SRK) wird für das Projekt Konflikt in der Ukraine: Nothilfe-Appell März 2022 ein einmaliger Beitrag von CHF 125'000.00 bewilligt.
2. Der Caritas Schweiz wird für das Projekt Nothilfe für die Menschen aus der Ukraine, Millionen leiden unter Angst, Kälte und Vertreibung ein einmaliger Beitrag von CHF 125'000.00 bewilligt.
3. Der Glückskette wird für das Projekt Konflikt in der Ukraine; Nothilfe (Nationaler Solidaritätstag am 9. März 2022) ein einmaliger Beitrag von CHF 125'000.00 bewilligt.
4. HEKS dem Hilfswerk der Evangelisch-reformierten Kirche Schweiz wird für das Projekt Krieg in der Ukraine; Nothilfe in Ungarn ein einmaliger Beitrag von CHF 125'000.00 bewilligt.
5. Der Totalbetrag von CHF 500'000.00 wird der Erfolgsrechnung 2022, Konto 3638.20/2870, Hilfeleistungen Ausland, belastet. Für die Budgetüberschreitung von CHF 500'000.00 in der Jahresrechnung 2022 wird ein Nachtragskredit bewilligt.
6. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
7. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
8. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17^{bis} des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

6. Hilfeleistungen Ausland: Covid-19; Unterstützung an die Zuger Institutionen Ruedi Leuppi Stiftung Elfenbeinküste und Verein zur Unterstützung des Spitals Criuleni in Moldawien, Unterstützung der internationalen Covax-Initiative, Gewährung eines einmaligen Beitrages; Nachtragskredit

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2712 vom 25. Januar 2022
- Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission Nr. 2712.1 vom 14. März 2022

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass das Wort zum Eintreten nicht verlangt wird, auf die Vorlage wird somit stillschweigend eingetreten.

Philip C. Brunner, GPK-Präsident

Vorab verweise ich auf Bericht und Antrag der Geschäftsprüfungskommission vom 14. März. Die GPK war mit vier Personen anwesend, drei Personen waren entschuldigt.

Sie kennen die Geschichte dieser Vorlage, wir haben sie schon im Casino besprochen. Der Stadtrat schlägt einen globalen Kredit von CHF 200'000.00 vor und teilt diesen auf in je CHF 70'000.00 für die Ruedi Leuppi Stiftung Elfenbeinküste und den Verein zur Unterstützung des Spitals Criuleni in Moldawien zur Bekämpfung der Corona-Pandemie und zusätzlich die Differenz von CHF 60'000.00 für die von den Postulanten damals beantragte direkte Hilfe für Covax.

Die GPK empfiehlt Ihnen mit 4:0 Stimmen, dem Antrag des Stadtrats zuzustimmen. Sie hat bezüglich Finanzen keine weiteren Anträge an Sie gestellt.

Dagmar Amrein

Die Fraktion ALG-CSP bedankt sich beim Stadtrat für den Bericht und Antrag betreffend Covid-19-Auslandhilfe. Wir freuen uns, dass die Voten der Diskussion im Dezember gehört wurden und die Covax-Initiative nun auch unterstützt werden soll. Natürlich, die Corona-Pandemie ist hierzulande sehr in den Hintergrund gerückt. Dennoch ist die Unterstützung von Covax, welche die Impfstoff-Verteilung weltweit organisiert, immer noch wichtig. Nach Omikron werden Sigma und Psi und wie sie alle heissen noch kommen. Da die Impfquote gewisser Länder nach wie vor sehr tief ist, ist es sinnvoll, dort mit Impfen vorwärts zu machen, damit die Menschen in ärmeren Ländern besser gewappnet sind gegen neue Corona-Wellen und damit das Virus sich weniger ausbreiten und so weniger mutieren kann.

Die Auswahl der anderen beiden Hilfsprojekte, welche gemäss der Vorlage unterstützt werden, erscheint uns nach wie vor etwas zufällig. Trotzdem sind wir mit deren Unterstützung einverstanden. Denn immerhin haben beide Projekte in ihren Regionen als Spital eine nicht zu unterschätzende Funktion, gerade auch im Umgang mit der Pandemie. Die Lieferung von Sauerstoff, Desinfektionsmitteln und Medikamenten und die Ausbildung des Spitalpersonals an der Elfenbeinküste sind genauso sinnvoll wie der Bau des Trinkwasseraufbereitungssystems in Moldawien. Dass das Spital Criuleni in Moldawien auch zu einem Covid-Schwerpunktspital ernannt wurde, zeigt dessen Wichtigkeit bei der lokalen Bekämpfung der Corona-Pandemie.

Grundsätzlich hätten wir uns für die Hilfeleistung zur Bekämpfung der Pandemie einen viel höheren Beitrag vorgestellt. Nun wurden diese Beträge gekürzt. Aber es ist nun mal so: Die Bearbeitung dieses Vorstosses dauerte lange und nun sehen wir uns mit einer neuen sehr grossen Krise konfrontiert. Diese wird unsere langfristige und noch viel grosszügigere Unterstützung erfordern.

Vor diesem Hintergrund nehmen wir den Bericht des Stadtrates zur Kenntnis und werden den Antrag unterstützen. Vielen Dank.

Maria Hügin

Ich kann mich kurz halten: Auch die FDP-Fraktion unterstützt grossmehrheitlich die Anträge des Stadtrates und der GPK.

Unser Dank geht an den Stadtrat, er hat die Punkte aus der letzten Debatte aufgenommen und entsprechend umgesetzt in der neuen Vorlage. Unser Dank geht aber vor allem auch an die Ruedi Leuppi Stiftung und den Verein zur Unterstützung des Spitals Criuleni in Moldawien und auch an Covax. Wir sind überzeugt davon, dass ihre Arbeit nach wie vor wichtig ist und dass sich die Unterstützung lohnt.

Christoph Iten

Die Mitte-Fraktion hat sich bei der Diskussion zu diesem Geschäft an unsere bisherigen Voten im Rat zum Thema Auslandhilfe erinnert: Grundsätzlich ist Auslandhilfe Sache des Bundes – diese Meinung teilen wir unverändert.

Wir hatten jedoch stets auch erwähnt, dass bei ausserordentlichen Katastrophen und Ereignissen die Sachverhalte jeweils individuell beurteilt werden müssen.

Bei Covid und den ganzen Folgen daraus, handelt es sich definitiv um ein solch ausserordentliches und hoffentlich auch einmaliges Ereignis. Und auch wenn die aktuelle Situation in der Schweiz wieder relativ gut aussieht, heisst das keineswegs, dass wir Covid hinter uns haben. Drittweltländer kämpfen nach wie vor mit sehr grossen Folgeschäden aus dieser Pandemie – und der nächste Herbst, der kommt bestimmt.

Zudem erachten wir es als grossen Vorteil, dass die unterstützten Organisationen konkrete und direkte Hilfe vor Ort leisten. Wir wissen wo und für was die Gelder eingesetzt werden.

Die Mitte-Fraktion äussert sich aber auch klar dahingehend, dass wir damit kein generelles Präjudiz für Auslandhilfe schaffen. Wir werden Auslandhilfe weiterhin nur bei ausserordentlichen Katastrophen und Ereignissen unterstützen.

In diesem Sinne befürwortet die Mitte-Fraktion die Unterstützung zur Krisenbewältigung und stimmt den Beiträgen von je CHF 70'000.00 für die Ruedi Leuppi Stiftung Elfenbeinküste und den Verein Spital Criuleni Moldawien sowie CHF 60'000.00 für die Covax-Initiative zu.

Jürg Messmer

Ich halte mich kurz: Die SVP-Fraktion stellte sich bereits gegen die Überweisung der Motion «Besondere Zeiten erfordern besondere Taten». Und an der GGR-Sitzung vom 14. Dezember 2021 wehrten wir uns gegen die Erheblicherklärung.

Denn wie bereits im vorherigen Traktandum erwähnt, ist Auslandhilfe Sache des Bundes oder von Privaten. Daran hat sich in der Zwischenzeit nichts geändert.

Die SVP-Fraktion stellt daher den Antrag auf Ablehnung der Vorlage.

David Meyer

Moldawien liegt ja gerade neben der Ukraine, insofern ist dieser Beitrag aus unserer Sicht quasi ein Ärzte-ohne-Grenzen-Beitrag und wir stimmen dem zu.

André Wicki, Stadtrat

Besten Dank für Ihre Voten. Ja, Auslandshilfe ist in erster Linie Aufgabe des Bundes, jedoch – ein globales Thema, meine Damen und Herren, löst das andere ab...aber die Themen sind immer noch da und die Themen betreffen uns alle. So ist es auch bei Corona.

Wir haben mit der Ruedi Leuppi Stiftung und dem Verein zur Unterstützung des Spitals Criuleni in Modalwien zwei hervorragende und uneigennützige Zuger Institutionen, die sich nachweislich sehr verdient in der Elfenbeinküste und in Moldawien einsetzen. Ich bin froh beziehungsweise zuversichtlich, dass beide Institutionen je CHF 70'000.00 erhalten werden. Sie entscheiden darüber. Ebenso bei Covax. Sie mögen sich an die Diskussion bei der Überweisung erinnern. Der Stadtrat hat die Punkte aufgenommen. Covax ist eine Initiative der G20 und der WHO, bei der Impfstoffe, Tests und Medikamente an einkommensschwache Länder abgegeben werden.

Der Stadtrat steht nach wie vor hinter seiner Vorlage und bedankt sich für die Unterstützung.

Beratung Beschlussentwurf

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass zu Titel, Ingress und Ziff. 1 – 8 das Wort nicht verlangt wird und keine Anträge gestellt werden.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass ein Antrag der SVP-Fraktion auf Ablehnung der Vorlage vorliegt.

Abstimmung Nr. 5 (Schlussabstimmung)

- Für den Beschlussentwurf stimmen 27 Ratsmitglieder
- Gegen den Beschlussentwurf stimmen 7 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 3

Ergebnis Abstimmung Nr. 5

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat dem Beschlussentwurf zugestimmt hat.

Beschluss des Grossen Gemeinderats von Zug Nr. 1747

betreffend Hilfeleistungen Ausland: Covid-19; Unterstützung an die Zuger Institutionen Ruedi Leuppi Stiftung Elfenbeinküste und Verein zur Unterstützung des Spital Criuleni in Moldawien, Unterstützung der internationalen Covax-Initiative, Gewährung eines einmaligen Beitrages, Nachtragskredit

Der Grosse Gemeinderat von Zug beschliesst in Kenntnis von Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2712 vom 25. Januar 2022:

1. Der Ruedi Leuppi Stiftung Elfenbeinküste wird für die Bekämpfung der Corona-Pandemie ein einmaliger Beitrag von CHF 70'000.00 ausgerichtet.
2. Dem Verein zur Unterstützung des Spitals Criuleni Moldawien wird für die Bekämpfung der Corona-Pandemie ein einmaliger Beitrag von CHF 70'000.00 ausgerichtet.
3. Der internationalen Covax-Initiative wird zur Bekämpfung der Corona-Pandemie mit dem Einsatz von Impfdosen ein einmaliger Beitrag von CHF 60'000.00 ausgerichtet.
4. Die Beiträge werden der Erfolgsrechnung 2022, Konto 3638.20/2870, Hilfeleistungen ins Ausland, belastet.
5. Die Beiträge führen zu einer Kreditüberschreitung in der Jahresrechnung 2022 von CHF 200'000.00. Dies wird in der Jahresrechnung 2022 mit dem GGR Beschluss begründet.
6. Dieser Beschluss tritt sofort in Kraft. Er wird im Amtsblatt des Kantons Zug veröffentlicht und in die Amtliche Sammlung der Ratsbeschlüsse aufgenommen.
7. Der Stadtrat wird mit dem Vollzug beauftragt.
8. Gegen diesen Beschluss kann
 - a) gemäss § 17 Abs. 1 des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 39 ff. des Verwaltungsrechtspflegegesetzes beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Verwaltungsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt 20 Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.
 - b) gemäss § 17^{bis} des Gemeindegesetzes in Verbindung mit §§ 67 ff. des Wahl- und Abstimmungsgesetzes wegen Verletzung des Stimmrechts beim Regierungsrat des Kantons Zug, Postfach, 6301 Zug, schriftlich Stimmrechtsbeschwerde erhoben werden. Die Beschwerdefrist beträgt zehn Tage und der Fristenlauf beginnt am Tag nach der Veröffentlichung im Amtsblatt. Die Beschwerdeschrift muss einen Antrag und eine Begründung enthalten. Der angefochtene Beschluss ist genau zu bezeichnen. Die Beweismittel sind zu benennen und soweit möglich beizulegen.

7. Motion der FDP-Fraktion vom 3. März 2021 betreffend Taten statt Worte – liberale Lösungen für mehr bezahlbaren Wohnraum

Es liegt vor:

- Zwischenbericht des Stadtrats Nr. 2715 vom 1. März 2022

Etienne Schumpf

Es handelt sich hier um einen Zwischenbericht und wir sind erfreut, dass der Stadtrat die liberale Stossrichtung unserer Motion für mehr bezahlbaren Wohnraum unterstützt. Wir sind aber auch erfreut, dass in Zug mit den zahlreichen Genossenschaften, Korporationen und Stiftungen offensichtlich die Voraussetzungen gegeben sind, um mit liberalen Rezepten mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen – und nicht wie zum Beispiel in der Stadt Zürich, wo zuerst ein Fonds mit CHF 300 Mio. geschaffen werden muss, der dann erst noch massiv und nicht sehr liberal in den Markt eingreift.

Wir sind gespannt auf die Diskussion der in Aussicht gestellten gesetzlichen Grundlage und freuen uns, dass mit unseren gutbürgerlichen und liberalen Rezepten mehr bezahlbarer Wohnraum geschaffen werden kann.

Gregor R. Bruhin

Sie kennen alle die berühmte Ricola-Werbung: «Wer hat's erfunden?» Und diese Frage könnte im Kontext dieses Vorstosses nicht besser passen. Denn die staatliche Regulierung des Wohnungsmarktes frei nach dem Slogan «Wohnen in Zug für alle» hat die SP erfunden, auch wenn die FDP der Linken ihre roten Rezepte nun mit blauem Anstrich abkupfert. Aber, liebe SP, bleibt unbesorgt, auch wenn es für Aspirin mittlerweile verschiedene Generika gibt, weiss fast kein Kunde in der Apotheke deren Namen und bestellt halt doch im Endeffekt ein Aspirin.

Nun denn: Die SVP schluckt lieber keine Pillen und vor allem keine Pillen, die wie in diesem Fall mit staatlicher Regulierung verbunden sind und somit mit bösen Nebenwirkungen. Darum sind wir froh, dass der Stadtrat die Stadt vor diesen bösen Regulierungsnebenwirkungen bewahrt und somit auch dem wahltaktischen Druck der grössten GGR-Fraktion standgehalten hat. Offensichtlich hat der Stadtrat aus den politischen Verfehlungen gelernt und will in das Wohnungswesen nicht weiter eingreifen und hoffentlich auch nicht mehr als Wohnungsbauer in der Stadt auftreten. Die schlechten Erfahrungen beispielsweise im Roost lassen grüssen.

Schlussendlich sei aber bei der parteipolitischen Tour d'Horizon doch noch eine gewisse Ironie festzustellen. Denn wer unaufgeregt, leise und ohne staatliche Regulierung den grössten Anteil bezahlbarer Wohnungen in der Stadt stellt, ist die Mitte-dominierte Korporation. Und wer schon lange im Stadtrat die liberalen Weichen dazu gestellt hat, war der damalige Bauchef André Wicki von der SVP. An dieser Stelle sei der FDP herzlich gedankt für die Möglichkeit, dass diese hervorragenden Leistungen der Mitte und der SVP sichtbar gemacht wurden.

In diesem Sinne nimmt die SVP-Fraktion vom Zwischenbericht Kenntnis und ermutigt den Stadtrat, weiterhin unaufgeregt und ohne etatistische Mittel in diesem Thema weiterzupolitisieren.

Daniel Marti

In Ihrer Motion «Taten statt Worte» verlangt die FDP vom Stadtrat, in der Stadt Zug langfristig für 20 % bezahlbare Wohnungen zu sorgen, und dies mit liberalen, also wirtschaftsfreundlichen Mitteln. Wenn das der Stadtrat nun tatsächlich so kann, dann freut es uns von der grünliberalen Fraktion natürlich sehr.

Nach dem Lesen des nun vorliegenden Zwischenberichts sind wir aber nicht wirklich viel schlauer geworden, wie dies bewerkstelligt werden soll.

Der Stadtrat erklärt im Bericht, wie eine Motion funktioniert. Danke für die Erinnerung, obwohl das eigentlich alle hier im GGR wissen sollten.

Dann wird weiter ausgeführt, dass beim Kanton schon ein Vorschlag für eine Gesetzesgrundlage eingereicht wurde. Aber was dort drinsteht, scheint noch ein Geheimnis zu sein, in das wir aber im ersten Halbjahr 2022 eingeweiht werden. Immerhin scheint der Vorschlag so gut zu sein, dass er die Vorprüfung beim Kanton bestanden hat, und es werden bereits 800 neue preisgünstige Wohnungen in Aussicht gestellt.

Erinnern wir uns an den Titel der Motion: «Taten statt Worte».

Was wir in diesem Zwischenbericht nun erhalten haben, sind bis jetzt nur ein paar wenige Worte. Damit können wir in der GLP-Fraktion noch nicht so viel anfangen, aber wir freuen uns, baldig mehr Worte zu hören, nämlich den Gesetzesvorschlag, und dann auch Taten, nämlich die zügige Umsetzung der Gesetzesvorlage.

Eine Frage stellen wir uns doch noch: Wieso soll die Frist für die Berichterstattung und Antragstellung dieser Motion um ein ganzes Jahr verlängert werden, wenn der Vorschlag dem GGR doch bereits im ersten Halbjahr 2022 unterbreitet wird?

Wenn das noch geklärt werden kann, dann können wir der Fristerstreckung eigentlich zustimmen.

Eliane Birchmeier, Stadträtin

Du hast recht, Daniel Marti, im Moment sind es Worte, aber die Taten folgen. Der Stadtrat ist bereits sehr weit mit seinem Bericht und wird diesen nach den Frühlingsferien verabschieden können und dann auch zuhanden des GGR überweisen können.

Bei der Frage, weshalb die Frist um ein verlängert wird, bin ich selbst ins Stocken gekommen. Ich würde es mal so beantworten: Maximal ein Jahr, aber es sieht so aus, dass wir vermutlich schneller sind. Wenn wir diese Frist schneller erfüllen können, dann hat auch niemand etwas dagegen.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Zwischenbericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

8. Motion der Fraktion ALG-CSP vom 15. März 2021 betreffend Klima- und Energiecharta"

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2717 vom 1. März 2022

Michèle Willimann

Danke, lieber Stadtrat. Wir möchten euch einen grossen Dank zu diesem klaren Bekenntnis aussprechen. Es freut uns ausserordentlich, dass die Stadt Zug neu zu den Unterzeichnenden der Klima- und Energiecharta gehört. Das überrascht uns positiv. Wir sehen das als einen mutigen, wichtigen und weitsichtigen Entscheid an.

Der Klimawandel ist eine der grössten, wenn nicht die grösste globale Herausforderung unserer Zeit. Die Erkenntnisse aus der Wissenschaft sind leider mehr als deutlich. Das zeigt auch der neueste IPCC-Report. Wenn wir weiterfahren wie bisher, dann sieht es tiefschwarz aus. Wir werden die Auswirkungen bereits deutlich zu spüren bekommen, doch richtig heftig wird es für die nächsten Generationen. Das können wir nicht verantworten. Mit den zunehmenden Extremereignissen haben wir bereits heute zu kämpfen. Man denke beispielsweise an letzten Sommer. Es wird aber immer Regionen geben, die es früher und stärker zu spüren bekommen. Ein Beispiel: Eine Kollegin von mir lebt in der Arktis. Wo im März normalerweise durchschnittliche Temperaturen von - 15 Grad herrschen, waren es vor kurzem + 5 Grad, kombiniert mit viel Niederschlag. Regen mitten in der Wintersaison ist äusserst selten, in diesem Ausmass noch kaum je gesehen. Die Auswirkungen sind katastrophal. Ganz zu schweigen von der Antarktis, wo im März teilweise 30 Grad höhere Temperaturen als üblich herrschten.

Eigentlich wissen wir alle, wie düster es aussieht, trotzdem wird viel zu wenig gemacht. Und das auf allen Ebenen. Es reicht nämlich nicht, zu warten, bis irgendwann global klare, verbindliche Massnahmen getroffen werden. Es braucht auch das weitsichtige Handeln der Stadt Zug, den Willen jedes Einzelnen. Ansonsten schaffen wir es nie, die CO₂-Emissionen rechtzeitig auf netto null zu reduzieren.

Natürlich ist noch kein Problem allein mit dem Unterzeichnen der Klima- und Energiecharta gelöst. Trotzdem ist es ein wichtiges Zeichen, ein klares Bekenntnis, dass die Stadt Zug ihre Verantwortung für den Klimaschutz anerkennt und signalisiert, dass sie den Bund in seiner Klima- und Energiepolitik unterstützt. Die Stadt Zug verpflichtet sich damit unter anderem auch, die eigenen Anstrengungen im Rahmen des Handlungsspielraums und der Möglichkeiten mit klaren, ambitionierten Handlungsleitsätzen zu erhöhen. Sprich, es wird alles darangesetzt, die weiteren Entscheide nachhaltig und weitsichtig zu treffen. Denn vieles, was wir heute entscheiden, hat meist Auswirkungen auf mehrere Jahrzehnte. Ist das Vorhaben überhaupt nötig und sinnvoll, welches Material wird eingesetzt, welcher Heizungstyp wird gewählt, welches Fahrzeug wird angeschafft...? Alle unsere heutigen Entscheide müssen die nationale Klima- und Energiepolitik unterstützen. Nur so haben wir eine Chance, die globale Erwärmung auf ein halbwegs erträgliches Mass zu begrenzen.

Die Fraktion Grüne-CSP bedankt sich nochmals beim Stadtrat für diesen wichtigen Schritt und unterstützt die Erheblicherklärung und Abschreibung der Motion.

Daniel Marti

Wir danken der Motionärin für das Einreichen dieser Motion und dem Stadtrat für die positive Aufnahme und prompte Umsetzung.

Mit der neuen Energie- und Klimastrategie 2050 der Stadt Zug werden nun auch klare und ambitionöse Ziele gesetzt, die wir ebenfalls begrüßen. Obwohl Ziel Nummer 4 «So rasch wie möglich eine CO₂-neutrale Stadtverwaltung erreichen», ist ja kein eigentliches Ziel. «So rasch wie möglich» ist für ein Ziel nicht wirklich eine akzeptable Terminierung, aber lassen wir das.

Jetzt, wo mit der Ratifizierung der Klimacharta nun das berühmt-berüchtigte Zeichen gesetzt wurde und somit die heute scheinbar immer notwendige Symbolpolitik erledigt ist, können wir uns den konkreten Massnahmen zuwenden. Und da sehen wir durchaus Handlungsbedarf.

Mit dem grosszügigen Förderprogramm des Kantons beim Heizungsersatz, das im Januar dieses Jahres lanciert wurde, und mit dem Rahmenkredit von CHF 3.2 Mio. für das städtische Energieförderprogramm haben wir ja nun auch genügend finanzielle Schlagkraft, um etwas zu bewegen. Wir erwarten nun, dass die Stadt dort ergänzend eingreift, wo das kantonale Programm nicht greift, aber ein kleiner finanzieller Anreiz eine grosse Wirkung hat.

Eine solche Lücke sehen wir momentan beim Wärmeverbund Altstadt, wo die Anforderungen des harmonisierten Fördermodells des Bundes nicht ganz erfüllt werden und ein Anschluss vom Kanton daher nicht gefördert wird. Ein Anschluss an den Wärmeverbund Altstadt ist aber immer noch viel sinnvoller und auch ökologischer als wieder eine Öl- oder Gasheizung einzubauen. Hier kann und soll die Stadt korrigierend mit entsprechenden Anreizen eingreifen und für die fehlende Förderung vom Kanton einspringen und gleichzeitig sicherstellen, dass der Anteil erneuerbare Energie beim Wärmeverbund Altstadt von der Betreiberin WWZ rasch erhöht wird.

Zusätzlich sehen wir einen Bedarf, einen Teil der Fördergelder für besonders innovative Projekte zu reservieren, wo private Eigentümer einen Extra-Effort leisten, um für ihre Projekte eine klimaneutrale Energieversorgung sicherzustellen. Dabei könnte auch ein Anreiz geschaffen werden für Nahwärmenetze mit erneuerbarer Energie in Gebieten, die von Circulago oder dem Wärmeverbund Altstadt nicht abgedeckt werden und wo Erdsonden-Wärmepumpen auch nicht möglich sind, wie das zum Beispiel in vielen Gebieten in Zug Süd und Oberwil der Fall ist. Das war ja auch Thema einer Interpellation der GLP.

In dem Sinne noch einmal besten Dank an die Stadt für die Bereitschaft für ein weitsichtiges und zukunftsgerichtetes Handeln. Wir unterstützen den Antrag, die Motion betreffend Klima- und Energiecharta erheblich zu erklären und als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben

Manuela Leemann

Die Stadt Zug möchte auch im Bereich Klima und Energie ihre führende Rolle als Innovationsstandort weiter ausbauen und deshalb die Klima- und Energiecharta der Städte und Gemeinden unterzeichnen. Die Fraktion Die Mitte unterstützt die Unterzeichnung der Charta. Obwohl wir uns bewusst sind, dass die kleine Stadt Zug nur einen bescheidenen Einfluss auf das Klima hat, sind wir mehrheitlich der Auffassung, dass auch die Stadt Zug ein Zeichen setzen kann. Die Stadt Zug soll jedoch nicht nur die Absicht darlegen, die in der Charta festgelegten Klima- und Energieziele zu erreichen, sondern dies auch mit Taten umsetzen.

Ob die Stadt aber im Bereich Klima und Energie wirklich so innovativ ist, wie der Stadtrat denkt, sind wir nicht ganz sicher.

Die vom Stadtrat aufgeführten strategischen Ziele tönen auf den ersten Blick nicht so innovativ. Die beiden ersten zwei der aufgeführten strategischen Ziele – bis 2050 den Energiebedarf auf 2000 Watt zu halbieren und die CO₂-Emissionen auf null zu reduzieren, sind schweizweit gesehen nichts Neues. Gerade am Tag unserer letzten Sitzung hat die Stadt Zürich beschlossen, das Ziel der Netto-null bis 2040 und nicht 2050 erreichen zu wollen. Und das dritte aufgeführte Ziel – der Ausbau von Photovoltaikanlagen – kann nicht wirklich als innovativ, sondern eher als «bisher vergessen gegangen» bezeichnet werden. Da sind wir bis jetzt in der Stadt Zug noch ziemlich «hinterwäldlerisch» unterwegs. Wenn wir die Charta unterschreiben, erwarten wir auch, dass etwas Spezielles gemacht wird.

Wir sind jetzt aber gespannt auf die weiteren Entwicklungen und haben die Hoffnung, mit der neuen Strategie, den neuen Zielsetzungen zur 2000-Watt-Gesellschaft und der Unterzeichnung der Klima- und Energiecharta tatsächlich innovative Handlungen zu sehen.

Die Fraktion Die Mitte stimmt dem Antrag des Stadtrats auf Erheblicherklärung und Abschreibung zu.

Jérôme Peter

Wir von der SP-Fraktion bedanken uns beim Stadtrat, dass er das Mindestmass an Verantwortung in der Klimakrise unternimmt und die Klimacharta ratifiziert. Ich werde mich kurz halten.

Die meisten im Rat wissen um die Dringlichkeit dieses Themas. Einige Exponenten verschliessen immer noch ihre Augen davor, aber diese muss ich hier nicht probieren zu überzeugen, da scheint Hopfen und Malz verloren zu sein. Wir haben im Moment aber noch die Möglichkeit, den Hopfen und Malz zu retten, so dass dieser nicht bald ausdört.

Die jüngsten Berichte von den extremen Rekordtemperaturen am Nordpol bestätigen die Dringlichkeit, mit welcher wir handeln müssen.

Natürlich ist die Klimakrise letztendlich bloss auf globaler Ebene zu bewältigen. Es ist aber dennoch wichtig, dass wir wo möglich vorbildlich handeln. Deshalb ist die Ratifizierung ein wichtiges Zeichen, dass wir das Thema auf städtischer Ebene ernst nehmen und dort, wo wir können, handeln, dass wir die Krise noch möglichst abwenden können.

Wir werden den Bericht des Stadtrats positiv zur Kenntnis nehmen.

Alexander Eckenstein

Die FDP-Fraktion verdankt den Bericht und nimmt diesen – mit Vorbehalten – positiv zur Kenntnis.

Positiv ist die Stossrichtung, welche die Klima- und Energiecharta verfolgt. Der Handlungsbedarf ist ausgewiesen. Die Charta schlägt hier mehrheitlich sinnvolle und wirksame Pflöcke ein.

Positiv ist auch zu würdigen, dass die Charta von den Unterzeichnenden keine verbindlichen Handlungen erfordert, sondern vielmehr die übergeordneten Ziele definiert.

Wenn die Charta so abgefasst worden wäre, dass sie von den Unterzeichnenden verbindliches Handeln verlangen würde, könnte die FDP-Fraktion die Motion nicht erheblich erklären. Die Technologie- und Innovationsfeindlichkeit der Handlungsziele der Charta stehen grundlegenden Positionen der FDP entgegen.

So dürften inskünftig auch Treibstoffe aus erneuerbaren Quellen kaum mehr zur Anwendung gelangen, so zum Beispiel auch Wasserstoffantriebe. Auch Forschungen im Bereich der Kernenergie würden kaum mehr möglich. Solche faktischen Forschungsverbote und Innovationshemmnisse können wir nicht befürworten.

Die FDP-Fraktion appelliert daher an den Stadtrat, auch nach Unterzeichnung der Charta weiterhin offen für Innovation und Forschung an bestehenden und neuen Technologien zu bleiben. In diesem Sinne ein Ja unserer Fraktion zum Klimaschutz und zur Erheblicherklärung, aber eben mit Vorbehalten.

Roman Küng

Wie schon bei der Überweisung der Motion ist die SVP-Fraktion dagegen, diese Klima- und Energiecharta zu ratifizieren. Interessanterweise kann man aber auf der Homepage des Klimabündnisses nachlesen, dass dies bereits geschehen ist. Der GGR wird da einmal mehr übergangen. Vermutlich liegt diese Ratifizierung in der Kompetenz des Stadtrates; schön allerdings ist solches Handeln nicht.

Die aktuellen Geschehnisse zeigen es auf: Wir haben beim Thema Energie andere Sorgen, als irgendwelche unverbindliche Zielsetzungen des Klimabündnisses zu verfolgen. Sie wissen es: Ab 2025 drohen Strommangellagen; es drohen Black-outs. Der Stadtrat sollte sich eher mit solchen, für die Bevölkerung relevanteren Themen befassen, anstatt in blinden Klimaaktivismus zu verfallen. Es gibt Wichtigeres.

Deshalb beantragen wir die Nichterheblicherklärung dieser Motion und fordern den Stadtrat auf, die Ratifizierung dieser Charta rückgängig zu machen.

Urs Raschle, Stadtrat

Ja, auch ich darf danken für die positive Aufnahme durch die Mehrheit des Rates bezüglich unserer Antwort zur Charta. Und glauben Sie mir, wir haben es uns nicht leicht gemacht. Denn das Unterzeichnen einer Charta ist relativ einfach gemacht, es braucht eine Unterschrift.

Ist es sinnvoll, als rund vierzigste Stadt der Schweiz auch noch bei dieser Charta mitzumachen, obwohl schon sehr viele Städte gesagt haben, es ist schwierig, diese umzusetzen? Ja, ist es – denn es braucht ein gemeinsames Zeichen aller Städte, dass wir diese Thematik des Klimawandels auch gemeinsam angehen können und wollen.

Trotzdem: Die Punkte, die gesagt worden sind, sind auch für uns wichtig. Wir wollen die Antwort nicht nur schriftlich geben, sondern wir wollen sie auch direkt geben, sozusagen auf dem Platz, damit Zugerinnen und Zuger auch davon profitieren können. Denn es braucht alle, dass wir die hehren Ziele des Bundes mit Netto-Null 2050 und weitere Aspekte auch umsetzen können. Deshalb – Sie wissen es – haben wir bereits vor gut einem Jahr den Nachtragskredit gebracht für das Energieförderprogramm oder eben auch den Rahmenkredit von CHF 3.2 Mio. Der Stadtrat ist überzeugt, wir sind hier auf dem richtigen Weg, damit wir vor allem auch die innovativen Privaten richtig unterstützen können.

Zwei Aspekte möchte ich noch speziell erwähnen.

Das eine ist die Thematik Wärmeverbund Altstadt, die seitens GLP angesprochen wurde. Da kann ich Sie darüber informieren, dass ein grosses Projekt seitens WWZ im Gange ist. Der gesamte Wärmeverbund soll ökologisiert werden. Dies bedeutet aber, dass Altstadtbewohnerinnen und

Altstadtbewohner in die Tasche greifen müssen und ihre eigenen Hausanschlüsse umfunktionieren und anpassen müssen. Wir haben bereits vor einem Jahr in der Energiekommission entschieden, diese Veränderung zu unterstützen, und bezahlen pro Haushalt CHF 2'500.00 für die Sanierungen, welche dort vorgenommen werden müssen. Diesbezüglich sind wir auf dem richtigen Weg. Es gibt allerdings einen gewissen Widerstand. Deshalb haben wir zusammen mit den WWZ Ende Mai zu einer Informationsveranstaltung eingeladen, um dort alle Infos abgeben zu können.

Seitens SVP wurde moniert, wir sollten eine andere Thematik anschauen – die Strommangellage. Ja, liebe SVP, auch da sind wir dran. Mit dem Gemeindeführungsstab haben wir ein Krisenszenario erarbeitet, was bei einer Strommangellage und insbesondere auch bei einem Black-out passiert. Ein Aspekt sind die neuen Notfalltreffpunkte, die wir vor gut zwei Jahren lanciert haben. Aber der Gemeindeführungsstab hat gerade in diesem Jahr wieder definiert, dass das die – auch strategisch – wichtigste Aufgabe ist, die wir anpacken. Schritt für Schritt sind wir dort an diesem Konzept.

Nochmals besten Dank für die positive Aufnahme.

Abstimmung Nr. 6

- Für die Erheblicherklärung der Motion stimmen 26 Ratsmitglieder
- Für den Antrag der SVP-Fraktion auf Nichterheblicherklärung der Motion stimmen 8 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 2

Ergebnis Abstimmung Nr. 6

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis nimmt und die Motion erheblich erklärt. Die Motion wird von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

9. Postulat der Mitte-Fraktion vom 29. September 2021 betreffend «Wiedereröffnung der Mittelstation der Zuger Bergbahn»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2720 vom 8. März 2022

Theo Iten

Besten Dank für die Überweisung des Postulats von vorhin. Wir, die Postulanten, danken dem Stadtrat für die Beantwortung.

Ja, die Haltestelle liegt im steilen Gelände und das Lärchenbrüggli müsste leider abgebrochen und zu teuer verbreitert werden. Dies nehmen wir zur Kenntnis.

Ja, das Postulat wurde eingereicht, nachdem die Planung des Bauprojekts abgeschlossen war. Ist es unsere Aufgabe, die Planung durchzuführen? Warum sitzen zwei Stadträte im Verwaltungsrat?

Für eine zukunftsorientierte und machbare Lösung müsste der Stadtrat nach vorne schauen, die Haltestelle «Halten auf Verlangen» bergwärts verschieben auf die Höhe Juchenegg im Bergli. Die Haltestelle wäre auf gleicher Höhe für die zukünftigen Bewohner von der Juchenegg. Ebenfalls eine optimale Verbindung wäre es für die Sennhütte, die zurzeit leer steht und über welche die Pfadi mit dem Kanton in Verhandlung ist.

Besten Dank – Kenntnisnahme.

Manfred Pircher

Von der Beantwortung des Postulats hat die SVP-Fraktion negativ Kenntnis genommen, einige Fragen diskutiert und wie folgt Stellung genommen:

1. Warum kam dieses Geschäft nicht in die BPK? Ist doch der Stadtrat Aktionär der ZBB und leistet eine Defizitgarantie.
2. Die ZBB argumentiert die Aufhebung einer Mittelstation damit, dass die technischen Möglichkeiten mit dem Betriebskonzept sehr schwer umsetzbar seien und vom BAV nicht bewilligt wurde.
3. Nach eigener Einschätzung der ZBB wäre eine technische Umsetzung einer Realisierung einer Mittelstation möglich gewesen, jedoch wurde davon abgesehen, da ihrer Meinung nach das Ziel, die Bergstation, ins Auge gefasst.
4. Nach unseren Recherchen hätte es in der Juchenegg, Bergli, die Möglichkeit einer Haltestelle gegeben, da dort die Zuger Korporation Bauten zu erstellen vorhat und die eine gute Gelegenheit gewesen wäre, schon im Hinblick, den Bewohnerinnen und Bewohnern eine Möglichkeit zu geben, ein- und auszusteigen. Die Begründung einer längeren Bauphase von zwei bis drei Monaten wäre durchaus hinzunehmen.

Wir bitten den Stadtrat, nochmals auf die Umsetzung zurückzukommen und unsere Fragen zu beantworten.

Etienne Schumpf

Wir sind mit der Antwort zufrieden, weil man bei solchen Ideen auch immer Aufwand und Ertrag und was es dann bringt, den Nutzen im Auge behalten muss. Ich denke, wenn bei geschätzten Zusatzkosten von circa CHF 2 Mio. ein paar hundert Passagiere pro Jahr profitieren, ist es absolut vernünftig, die Frage zu stellen, ob sich dieser Aufwand auch entsprechend rechnet und in einem

gesunden Verhältnis steht. Das hat der Stadtrat in diesem Beispiel erkannt. Das ist schade, aber auch da müssen wir als Parlament diesem Umstand entsprechend Rechnung tragen.

Patrick Steinle

Ich bin zwar im Moment¹ grosser Anhänger von nahe beieinanderliegenden ÖV-Haltestellen, muss mich hier aber dem Vorredner anschliessen. Ich denke, was man aus dieser Vorlage lernen muss, ist: man sollte nicht ausserhalb des Siedlungsgebiets allzu viele Wohnungen hinstellen. Das macht den ÖV teuer und langsam. Entsprechend können wir die Überlegungen des Stadtrats durchaus nachvollziehen. Dass man aber die andere Variante auf Höhe Juchenegg und Sennhütte prüft, diesen Gedanken sollte man noch zu Ende denken. Das entsprechende Postulat wurde ja heute überwiesen.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt auf Hinweis von Manfred Pircher fest, dass ein Antrag der SVP auf ablehnende Kenntnisnahme vorliegt, den sie überhört hatte. Über diesen Antrag der SVP stimmt der Rat ab.

Abstimmung Nr. 7

- Für Kenntnisnahme stimmen 25 Ratsmitglieder
- Für ablehnende Kenntnisnahme stimmen 10 Ratsmitglieder
- Enthaltungen: 2

Ergebnis Abstimmung Nr. 7

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

¹ Anmerkung des Protokollführers: Patrick Steinle ist aufgrund der Folgen eines Unfalls aktuell in seiner Mobilität eingeschränkt.

10. Interpellation der GLP-Fraktion vom 18. Januar 2022 betreffend «Fragen zum Einsatz von Blockchain-Technologie für städtische Dienstleistungen»

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2718 vom 8. März 2022

Stefan W. Huber

Die Grünliberalen möchten sich beim Stadtrat für die Beantwortung der Interpellation recht herzlich bedanken. Als Partei, die sich leidenschaftlich mit dem Thema Blockchain beschäftigt, können wir natürlich die fehlende Tiefe und den Mangel an Umfang bemängeln, was aber nichts bringen würde. Dies würde bei Ihnen nur für Augenrollen sorgen und Sie würden sich denken, hach, die Grünliberalen wieder. Deshalb werden wir das Motzen unterlassen und uns einfach und bescheiden beim Stadtrat bedanken. Aber nur in der Hoffnung und unter der Prämisse, dass der Stadtrat gezwungen wurde, zumindest zu versuchen, die Funktionsweise der Technik, die unsere Stadt bewirbt und mit der sie sich seit bald einem Jahrzehnt profiliert, zu verstehen.

Es ist ein Einfaches, dies als eine rein technische Frage abzutun, wie dies von gewissen Parteien in der Vergangenheit auch getan wurde. Doch wer das tut, tut nicht gut und verpasst oder ignoriert des Pudels Kern. Es geht nicht nur um Technik, es geht um Vertrauen – um ein Vertrauen in Menschen, das Schritt für Schritt durch Vertrauen in Technik ersetzt wird. Diesem Prozess wohnt ein Potenzial inne, das Dimensionen umfasst, die weit über die rein finanziellen Aspekte hinausgehen. Auch wenn der Profit, die Spekulation, die der Technik innewohnt, das Einzige zu sein scheint, was die meisten davon erblicken können – wollen. Dabei geht es um uns, um die Dinge, die uns etwas wert sind, um wertvolle Informationen, welche wir heute zentralen, identifizierbaren, kontaktierbaren Menschen anvertrauen und morgen vielleicht blind, aber hoffentlich mit sehendem Auge, dezentralisierten, anonymen technischen Infrastrukturen anvertrauen. In Bereichen, in welchen es um individuelle Werte und wertvolle Informationen geht, die nicht zentralisiert werden sollen, wie zum Beispiel persönliche Informationen, Schülerdaten, Gesundheitsdaten, Finanz- oder Sozialversicherungsdaten, macht dies Sinn. In anderen Bereichen, in welchen individuelle Informationen zentralisiert sollen, wie zum Beispiel politische Präferenzen, Abstimmungen und Wahlen, macht dies keinen Sinn.

Und wenn Sie sich jetzt gerade Fragen, von was zum Henker die Grünliberalen denn hier wieder reden, wenn Sie keinen Sinn aus diesem technischen Gerede erkennen können, dann verstehen Sie bereits das Wichtigste – nämlich, dass Sie es nicht verstehen.

Ihr Bewusstsein dafür und Ihre Bereitschaft, der Idee hinter jeder Blockchain – in code we trust – trotzdem offen und kritisch gegenüberzustehen, sind Dinge, deren zukünftige Relevanz Sie heute nur unterschätzen können.

Der Stadtrat darf stolz sein. Er hat das beste Standortmarketing der Welt und des letzten Jahrzehnts betrieben. Viele Städte sind aufgesprungen, viele springen gerade auf, wie zum Beispiel Lugano, und noch viele werden aufspringen. Marketing jedoch wird in Zukunft nicht mehr reichen. Die Dezentralisierung von Werten, Finanzen und geistigem Eigentum durch Distributed Ledger wird kommen, wie die Dezentralisierung der Informationen mit dem Internet gekommen ist.

Wir möchten den Stadtrat aus seinem wohlverdienten Lorbeerschlaf aufwecken und ihn ermutigen, als Stadt des Crypto Valley, als Dreh- und Angelpunkt der dezentralisierten Wertetechnologie Initiative zu ergreifen und ein politisches Kompetenzzentrum anzuregen. Sei dies durch eine Roadmap, ein neues Projekt, Akzeptanz von neuen, umweltfreundlichen Kryptowährungen als nur Bitcoin und Ethereum, sei dies durch eine Zusammenarbeit mit dem Kanton, sei es durch eine Arbeitsgruppe, welche nicht nur die Informatikabteilung der Stadt umfasst, sondern auch relevante politische Kräfte miteinbezieht.

Wir möchten den Stadtrat ermutigen, wieder initiativ zu sein und darüber hinaus die nötige technisch-politische Kompetenz aufzubauen, um die Politik der Technik gestalten und in Zukunft nicht nur beobachten zu können. Dann wird die Stadt in Zukunft auch nicht mehr blind irgendeiner x-beliebigen Briefkastenfirma vertrauen müssen, die seit ihrer Gründung alles daransetzt, möglichst viel zu verschleiern und die Öffentlichkeit zu täuschen.

Stellen Sie sich vor, hätte der Stadtrat Mitte der Neunzigerjahre bereits gewusst, welches Potenzial im Internet steckt und was diese Technologie noch alles bringen wird. Stellen Sie sich vor, sie hätten das ehrlich geglaubt und Sie wären zu dieser Zeit Stadtrat gewesen und hätten gewusst, was alles passieren wird. Hätten Sie sich damit genügsam getan, die weltweit erste Stadt zu sein, die einen Online-Auftritt erstellt hat? Hätten Sie, nachdem Sie internationales Lob für ihren grossen Pioniergeist in Sachen Internet erhalten haben, als erste Stadt eine Website erstellt hatten – hätten Sie eine Interpellation zum Thema Internet und zum weiteren Vorgehen und den damit verbundenen Potenzialen und Risiken damit beantwortet, dass Sie nichts geplant haben und einfach einmal schauen würden, was passiert?

Bruno Zimmermann

Wir bedanken uns für die Antwort des Stadtrates. Gemäss der Antwort gibt es in der Stadt Zug aktuell kein Projekt, wo der Einsatz von DLT/Blockchain vorgesehen ist. Aus diesem Grund wird berechtigterweise auch auf viele Fragen mit «nicht im Einsatz und kein Projekt» geantwortet, was eben korrekt ist.

Ich möchte aber an dieser Stelle doch anmerken, dass diese Interpellation wohl nicht wirklich etwas für die Behandlung in diesem Rat ist. Die Fragen sind doch sehr technischer Natur und gehen viel zu tief ins Detail. Die sehr talentierten Mathematiker und Entwickler um die DLT- und Blockchain-Technologien sind bereits fleissig und werden in den nächsten Jahren für viele der gestellten Fragen die geeignete Lösung finden und zur Verfügung stellen; aber sicher nicht die Stadt Zug oder deren Angestellte.

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis.

Philip C. Brunner

Geschätzter Interpellant, ich fand dein Votum nicht fair.

Es ist richtig, dass wir uns hier in einem technischen Bereich bewegen und dass die Flughöhe des GGRs beziehungsweise die Antwort des Stadtrates sich eher auf einer strategischen Ebene bewegen muss.

Zu meiner Interessenbindung: Ich war in der Legislatur 2011 bis 2014 in der Kommission, welche sich mit den Problemen der Einwohnerkontrolle des Kantons befasst hat. Das war eine Art Sonderprüfung des Kantonsrates, der in dieses Geschäft relativ tief eingegriffen hat. Nachher gab es eine Motion aus der Kommission, die der Kantonsrat angenommen hat, die zukünftige Strategie zu entwickeln. Der Finanzdirektor Heinz Tännler hat nach Übernahme der Finanzdirektion speziell in diesem AIO einige Veränderungen gemacht und es war damals ja die Gefahr, dass die 11 Gemeinden sich auf einem Einzelpfad befinden und der Kanton auf einem anderen. Die Meinung des Kantonsrats war, dass man eigentlich möglichst miteinander diese Informatikprobleme und -herausforderungen angehen muss. Das hat sich in den letzten Jahren immer mehr beschleunigt und geht weit über nur die Einwohnerkontrolle hinaus.

Sie haben auch mitgekriegt, dass die Stadtgemeinde jetzt einzelne Projekte aus anderen Gemeinden – auch teilweise von der Schulinformatik – übernommen hat und macht und dass da eigentlich auf natürliche Art und Weise eine Zusammenarbeit verbessert ist. Auch diese Institution IGI, die eine Plattform ist, welche die Gemeinden haben, um ihre Anliegen zu bündeln und entsprechend auch beim Kanton anzuklopfen – das funktioniert.

Ich denke, der Weg ist das Ziel. Und ich finde es jetzt nicht angebracht, dass man den Stadtrat jetzt so aggressiv «anpist», wie wenn in dieser Sache irgendein Skandal oder irgendetwas nicht gut wäre.

Selbstverständlich sind die Aufwendungen für die Informatik in den letzten Jahren jährlich gestiegen. Sie betragen jetzt ungefähr gegen CHF 6 Mio. pro Jahr. Aber es wird ja auch eine gewaltige Dienstleistung erbracht. Auf verschiedenen Feldern findet ja diese Digitalisierung statt. Das begann beim Betreibungsamt, wird jetzt fortgesetzt über die Kulturabteilung und so weiter. Jetzt dem Stadtrat hier auf einer technischen Flughöhe Vorwürfe zu machen, er würde den Anliegen der GLP nicht entsprechen und habe keine Ahnung, finde ich jetzt nicht unbedingt das richtige Urteil.

Sicher kritisch beobachten müssen wir als GGR, ob der Ertrag und der Aufwand in der Informatik stimmt. Zahlen die anderen Gemeinden wirklich das, was sie an Leistungen kriegen. Die Stadt Zug hat ja immer von sich behauptet und ein bisschen wie die Monstranz vor sich hergetragen, dass sie führend ist in diesem Bereich und dass die anderen Gemeinden nach und nach entsprechend auch zur Stadt wechseln müssen, weil sie nicht mehr nachkommen oder nicht über das Informatikwissen verfügen. Das halte ich eher für die realistische Einschätzung und weniger, dass jetzt eine technische Riesenchance durch den Stadtrat verpasst wird.

Stefan W. Huber

Vielen Dank, Philip, für dein Votum. Ich dachte, normalerweise drücke ich mich ziemlich klar aus, wenn ich jemanden kritisiere. Ich habe eigentlich darauf geschaut, dass 60 % voll des Lobes sind und 40 % voll der Anregung. Ich habe das überhaupt nicht als ein dem Stadtrat ans Bein pissen geplant, so war das überhaupt nicht gemeint. Sondern ich würde sogar Bruno Zimmermanns Votum zustimmen, wenn es nicht so wäre, dass unsere Stadt sich als die Pionierstadt in der Schweiz, wenn nicht weltweit positionieren will.

Wenn das einfach nur ein bisschen Verwaltungssoftware wäre, dann könnte ich die Kritik an der Interpellation verstehen. Aber so – wir wollen uns als das Crypto Valley, als die informationsinnovativen Pioniere der Schweiz und weltweit positionieren –, da darf man schon auch ein bisschen proaktiv sein und sich nicht einfach auf den Lorbeeren ausruhen.

Ich denke, du hast einen ganz wichtigen Punkt nicht verstanden, Bruno. Und zwar: Es geht hier nicht einfach um eine technische Frage, sondern es geht darum, dass wir das Vertrauen, das wir heute in Menschen haben, auf die Technik abwälzen. Und das Einzige, was du sagst, ist: Ja, wir schauen, das kommt schon gut, wir vertrauen mal, wir müssen da ja auch nicht wirklich verstehen, das spielt politisch keine Rolle, das überlassen wir den Experten. Aber genau das ist die grosse Gefahr, wenn wir die Dinge, bei denen wir heute Menschen vertrauen, auf Technik abwälzen, im Glauben daran, dass das schon richtig gemacht wird.

Da finde ich es fast schon fahrlässig, zu sagen, das kommt dann schon gut.

Ich mache nochmal das Beispiel vom Internet bewusst. Wir wären in den Neunzigerjahren die Pionierstadt im Internet gewesen, hätten eine Website aufgeschaltet und nachher würden wir sagen, ja gut, das reicht jetzt mit der Website. Die Daten von unseren Einwohnern stellen wir jetzt noch in

Internet und wenn der GGR wegen der Datensicherheit fragt – also das ist doch völlig unnötig, die wissen ja schon, wie das läuft. Die haben bei Amazon so einen Server, das sind Experten und das läuft dann schon gut.

Das finde ich sehr fragwürdig und auch ein bisschen blind gegenüber dem, dass Technik mittlerweile einen gigantischen Einfluss auf unser Leben hat – fast mehr als Politik – und immer mehr von der Politik durch Technik ersetzt wird, die die meisten nicht verstehen – ich verstehe es auch nicht – und auch nicht verstehen wollen. Aber sich dessen bewusst sein und zumindest etwas proaktiv sein, wenn man sich schon als die grossen Pioniere in dieser Technik profiliert, das finde ich absolut angebracht.

Das ist überhaupt keine Kritik am Stadtrat, sondern eine Ermutigung. So möchte ich auch, dass das interpretiert wird.

André Wicki, Stadtrat

Vielen Dank für die Voten. Ich glaube, es sind zwei Teile, Stefan, die du hier ansprichst.

Beim ersten Teil sehe ich als Nicht-Experte natürlich doch einige Fachwörter. Ich weiss nicht, wie es Ihnen geht: «Distributed Ledger Technology», «Ethereum Blockchain», «permissioned/unpermissioned Blockchain», «Proof of Stake» – muss ich weitere Begriffe aufführen? Ich musste mich da wirklich informieren, was das alles auf sich hat.

Die Frage 7: Das grundlegende Motto hinter DLT-Technologien «In code we trust.» meint, dass überprüfbarer, verbindlicher Code menschliches Vertrauen ersetzen soll.

Da kann ich nur sagen: «That's okay, but first we trust in people.»

Im Juni 2016 hatte der Stadtrat einen Ballon steigen lassen. Da ging es um Blockchain, dass man den doch unglaublichen Betrag von CHF 200.00 bei der Stadt Zug mit Bitcoin einlösen kann. Der Stadtschreiber kann das bestätigen, wie viele CHF 100'000.00 da schon eingegangen sind.

Oder anders gesagt: Ja, wir müssen dranbleiben. Aber wenn Sie sehen, in diesem Crypto Valley, das wir hier haben, sind mittlerweile gegen 1200 Firmen, die im Kanton und in der Stadt Zug sind. Das müssen wir pflegen. Diesen Hinweis in deinem Votum, Stefan, möchte ich doch aufnehmen, was aber nicht unbedingt deckungsgleich mit der Anfrage an den Gesamtstadtrat. Da müssen wir dranbleiben, da gibt es sehr viele gute Technologien, die wir auch weiter entwickeln müssen. Ich denke da nicht nur an die Stadt Zug, sondern auch an den Kanton, der da ebenfalls stark dran und involviert ist.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

11. Interpellation der SP-Fraktion vom 6. Dezember 2021 betreffend Echtes Engagement oder Dienst nach Vorschrift - nimmt der Stadtrat seine Verantwortung bei der Umsetzung des Volksauftrages «Wohnen in Zug für alle» wirklich wahr?

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2719 vom 8. März 2022

Rupan Sivaganesan

Die SP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die Beantwortung unserer Interpellation.

Vor zehn Jahren wurde unsere Volksinitiative zum Wohnen vom Volk angenommen. Die Antworten des Stadtrats zeigen: Umgesetzt wurde faktisch sehr wenig. Dies ungeachtet unseres mehrmaligen Interpellierens zur Förderung preisgünstiger Wohnungen und zur Umsetzung des Volksauftrags. Die Wohnungslage hat sich in den letzten Jahren nicht entspannt, sondern verschärft. Die Situation ist nun derart desolat, dass selbst die FDP das Problem erkannt hat.

Erlauben Sie mir bitte, auf einige Punkte vom Stadtratsbericht genauer einzugehen und die Sicht der SP-Fraktion darzulegen.

Der Stadtrat behauptet auf Seite 1: «Die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum und die Unterstützung der Zuger Wohnbaugenossenschaften und gemeinnützigen Bauträgern [...] ist dem Stadtrat ein grosses Anliegen.» Das klingt erst einmal vielversprechend. Wer sich aber die Realität anschaut, kann sie nur bedauern. Der Stadtrat sieht sein Engagement an erster Stelle durch die Schaffung von vier Zonen für den preisgünstigen Wohnungsbau dokumentiert. Dort sind bis 2021 ganze 69 Wohnungen bezugsfertig gemacht worden. Das Resultat gleicht dem berühmten Tropfen auf den heissen Stein.

Eine eigentliche Enttäuschung stellen die Verhältnisse auf den städtischen Grundstücken dar, die für den preisgünstigen Wohnraum vorgesehen wurden. Was wurde hier in den letzten vier Jahren konkret unternommen?

Die Antwort ist hier klar: Geschehen ist fast gar nichts oder sehr wenig. Geeignete städtische Parzellen wie jene an der Chamerstrasse, im Steinlager und in den Gimenen sind nicht weiterentwickelt worden, obwohl sich hier das regelmässig vorgebrachte Problem der Landbeschaffung nicht stellt.

Die Liste auf Seite 8 zeigt auf, dass Ende 2023 bestenfalls 14 preisgünstige Wohnungen am Knopfliweg und an der Zugerbergstrasse entstehen werden. Das lädt nicht dazu ein, stolz zu sein. In den Augen der SP ist es nicht als Beleg zu werten, dass die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum «ein grosses Anliegen» sei.

Vor zehn Jahren hat das Volk dem Stadtrat einen konkreten Auftrag erteilt, Wohnbaugenossenschaften und andere gemeinnützige Bauträger bei der Landbeschaffung sowie bei der Erstellung und Renovation preisgünstigen Wohnraums mit Fördermassnahmen zu unterstützen. Aus den Antworten zu den Fragen 1 und 2 geht hervor: Der Stadtrat ist diesem Auftrag bisher kein einziges Mal nachgekommen und damit auch in diesem Punkt seiner Umsetzungsstrategie nicht ansatzweise gerecht geworden. Das Resultat ist mager. Und es wirft nicht zuletzt die Frage auf, wie zweckhaft und ergebnisorientiert der Dialog mit den Genossenschaften effektiv war.

Der Stadtrat erklärt den Missstand auch mit der mangelnden Initiative von Wohnbaugenossenschaften. Zumindest beim Steinlager stimmt es aber nicht, dass Wohnbaugenossenschaften keine Projekte an den Stadtrat herangetragen hätten. Das Vorhaben wurde nach einer Testplanung und einem unter Wohnbaugenossenschaften durchgeführten Wettbewerb von Seiten der Stadt aus nicht nachvollziehbaren Gründen 2019 gestoppt. Wie es weitergehen soll, ist uns nicht klar, denn seither ruht alles in den Schubladen des Bauamts.

Überhaupt ist Ruhe das eigentlich praktisch gültige Hauptmotto der stadträtlichen Politik betreffend preisgünstigem Wohnraum. Obwohl es in der Stadt seit langem – seit sehr langem – erschwingliche Wohnungen braucht, will der Stadtrat städtische Grundstücke, auf denen hunderte solche Wohnungen stehen könnten, erst wirklich in den 2030ern bezugsfertig machen – wenn überhaupt und dann auch noch im angekündigten Umfang.

Wie viele Zugerinnen und Zuger werden bis dahin wegziehen müssen, weil sie sich das Leben in unserer offenbar in nur ausgewählten Bereichen zupackenden Macherstadt nicht mehr leisten können?

Wie viele von Ihnen werden sich angesichts des beabsichtigten Schneckentempos denken, dass es dem Stadtrat gar nicht so ernst ist mit der Schaffung von preisgünstigem Wohnraum?

Bitter ist das alles nicht zuletzt deshalb, weil die angestrebte Politik das Problem kaum lindern kann. Gemäss Antwort auf die Frage 7 sollen die in Planung befindlichen Bebauungspläne eines Tages etwa 800 preisgünstige Wohnungen vorsehen. Was das konkret bedeuten wird, ist heute unklar. Bei einer angenommenen Einwohnerzahl von 41'000 im Jahr 2040, was die Untergrenze des Stadtrats darstellt, wären aber nicht nur 800, sondern ohne Weiteres doppelt so viele preisgünstige Wohnungen im erwähnten Planungsgebiet möglich.

Wieder einmal zeigt sich: Der Stadtrat setzt sich zwar wortreich für den preisgünstigen Wohnraum und Wohnungsbau ein. Diesem Bekenntnis folgen aber nur wenige Taten. Das Problem scheint erkannt, aber für seine prioritäre Behandlung schafft es der Stadtrat nicht, den notwendigen politischen Willen aufzubringen.

Damit ist für uns klar: Das Volk muss es richten. Und: Das Volk muss dem Stadtrat sehr konkrete Aufträge erteilen, um die ernsthafte Umsetzung seiner Anliegen endlich sicherzustellen. Ich darf Ihnen versprechen, dass die SP just zu diesem Zweck bald eine Initiative lancieren wird.

Laurence Uttinger

Die FDP-Fraktion dankt dem Stadtrat für die ausführliche Beantwortung der Interpellation.

Aus den tabellarischen Übersichten kann man sehen, dass der Stadtrat schon einiges gemacht hat, dass aber die grössten Projekte noch anstehen. Sicher muss sich der Stadtrat bei gewissen kleineren Projekten den Vorwurf gefallen lassen, etwas gar gemütlich unterwegs zu sein. Allerdings muss man fairerweise auch anerkennen, dass der Stadt gewisse Grenzen gesetzt sind. So wurde mit dem Unterfeld die bisher mit Abstand beste Gelegenheit, wirklich einen Unterschied zu machen und viele preisgünstige Wohnungen auf einen Schlag zu schaffen, letztlich durch den – Baarer – Souverän verhindert.

Zusammenfassend nimmt die FDP-Fraktion den Bericht zur Kenntnis und hofft, dass der Stadtrat die Schaffung von preisgünstigem Wohnraum – dort, wo es ihm möglich ist – entschiedener vorantreibt

und dass künftige Vorlagen, welche einen bedeutenden Anteil an preisgünstigen Wohnungen beinhalten, eine breitere politische Unterstützung finden.

Corina Kremmel

Die Mitte bedankt sich beim Stadtrat für die vorliegende Antwort. Es war gut, wieder einmal schriftlich zu sehen, wo und was für Wohnungen für den preisgünstigen Wohnraum vorhanden sind und welche noch geplant wären.

Es gäbe jedoch sicherlich – wie mein Vorrednerin schon gesagt hat – noch Verbesserungsmöglichkeiten und man könnte noch mehr machen.

Demzufolge ist für die Mitte diese Thematik sehr zentral. Vor allem für den Mittelstand ist es weiterhin schwierig, eine zahlbare Wohnung zu finden. Für uns sollte die Priorität nicht nur bei Sozialbauten liegen, sondern wie gesagt preisgünstige beziehungsweise bezahlbare Wohnungen für den Mittelstand.

Die Problematik sehen wir auch bei der Vermietung der Objekte. Obwohl Wohnungen vorhanden wären, gehen die meisten unter der Hand weg. Ohne Beziehungen kann eine Wohnungssuche lange dauern. Zudem verweilen viele Mieter jahrelang in ihren grossen Wohnungen. Auch wenn die Kinder ausgezogen sind, wird oft nicht in eine kleinere Wohnung umgezogen. Der Grund ist oftmals nicht das Wollen, sondern das Können. Eine kleinere Wohnung, welche dann auch weniger Miete generieren sollte – so eine Wohnung zu finden, ist sehr schwierig. Wir verstehen somit, dass ältere Ehepaare in grösseren Wohnungen verbleiben, wenn der Mietzins interessanter ist, als in etwas Kleineres umzuziehen und dann noch mehr Miete zu bezahlen.

Die Thematik werden wir weiterhin mit Argusaugen beobachten. Wir wünschen uns eine Stadt, die für alle Personen zahlbar ist, und dass wir auch die Möglichkeit haben, jungen Familien ein eigenes Zuhause zu bieten und diese nicht an die Nachbarkantone zu verlieren.

Von der Antwort des Stadtrates nehmen wir Kenntnis.

Michèle Willmann

Eine gute Durchmischung der Bevölkerung ist unbestritten eine zentrale Voraussetzung für eine gut funktionierende, gesunde Stadt. Dank unserer tollen Tiefsteuerstrategie ist das Vorhandensein von genügend bezahlbarem Wohnraum eine der grössten Herausforderungen unseres Kantons, unserer Stadt. Wenn du dort, wo du dich zuhause fühlst, keine Wohnung mehr in einem für dich vernünftigen Preissegment findest und deshalb aus der Stadt, aus dem Kanton wegziehen musst, dann ist das schlichtweg ein Armutszeugnis und definitiv einiges schiefgelaufen. Wir danken der SP für die interessanten und wichtigen Fragen zu diesem Thema.

Das Problem ist bereits seit langem bekannt und so wurden in der letzten Gesamtrevision der Nutzungsplanung Zonen für preisgünstigen Wohnraum geschaffen. Eine Seltenheit, die Lage ist aber auch in kaum einem anderen Kanton so dramatisch wie bei uns. Die Aussage «Seit über zehn Jahren setzt sich der Stadtrat aktiv für die Förderung und Forderung nach preisgünstigem Wohnraum ein und hat deshalb als Vorreiter vier Zonen für den preisgünstigen Wohnungsbau geschaffen.» hat uns in der Beantwortung doch etwas überrascht, kam die Initiative doch bekanntlich definitiv aus dem GGR und nicht vom Stadtrat. Wie auch immer, wichtig ist für uns, dass es diese Zonen gibt, und immerhin sind daraus schon einige Wohnungen entstanden. Zu bedauern ist, dass diverse der Bauprojekte innerhalb dieser Zonen ins Stocken geraten sind. Wir hoffen, dass sich das bald ändert und viele zusätzliche bezahlbare Wohnungen geschaffen werden können.

Gut und wichtig ist, dass im Rahmen von Sondernutzungsplänen ein grosszügiger Anteil an preisgünstigem Wohnraum eingefordert wird. Dies ist mit der normalerweise zugestandenen Mehrausnutzung mehr als gerechtfertigt.

Der Stadtrat lobt in der Beantwortung seine aktive Rolle in dieser Thematik. Wir finden, es ist noch nicht viel passiert und da ist definitiv noch mehr möglich. Der Volksauftrag ist mehr als klar, neue preisgünstige Wohnungen sind aber nur wenige entstanden, obwohl sich die Lage in den vergangenen Jahren weiter verschärft hat. Beim Blick auf das aktuelle Wohnungsangebot und dessen Preise wird einem mulmig. Auch wenn der Stadtrat vieles nicht steuern kann, sehen wir noch viel Potential und wünschen uns etwas mehr Herzblut bei der Umsetzung dieses Volksauftrages.

Der Stadtrat kann Immobilien bis zu CHF 5 Mio. ohne Zustimmung des GGRs kaufen. Der Kauf von Liegenschaften ist für die Schaffung von preisgünstigen Wohnungen äusserst wichtig. Mit dem vorliegenden Volksauftrag und der guten finanziellen Situation ist es mehr als gerechtfertigt, hier aktiver vorzugehen. Mit einer Obergrenze von CHF 5 Mio. ist der Stadtrat, insbesondere aufgrund der hohen Immobilienpreise, aber zu träge. Die CHF 5 Mio. reichen häufig nicht aus und für die Zustimmung des GGRs ist die Zeit normalerweise zu knapp. Es sollte deshalb unbedingt überdacht werden, diese Obergrenze für beispielsweise den Kauf von Liegenschaften zur Schaffung von preisgünstigem Wohnraum für den Stadtrat auf CHF 10 Mio. zu erhöhen. Bei Liegenschaftskäufen muss es rasch gehen, der Stadtrat muss flexibel agieren können.

Gezielt Liegenschaften kaufen und bezahlbaren Wohnraum anbieten, im Rahmen von Sondernutzungsplänen penibel preisgünstigen Wohnraum einfordern und die gezielte Abgabe von Bauland an Genossenschaften sind nebst den bestehenden Zonen für preisgünstigen Wohnraum die wichtigsten Handlungsmöglichkeiten des Stadtrats. Zudem soll der Stadtrat bei stockenden Bauprojekten im Rahmen des Möglichen vermitteln und Unterstützung anbieten.

Wir wünschen uns, dass im Minimum alle Menschen, die hier aufgewachsen sind und gerne hier wohnen bleiben würden, dies auch können. Es klingt sehr banal, ist aber eine grosse Herausforderung. Entscheidend ist dabei auch die Festlegung der Kriterien für die Wahl der Mieterinnen und Mieter. Dabei müssen wir an Menschen aller Vermögensklassen denken. Die reichen Menschen sind bekanntlich nicht das Problem. Es braucht aber nicht nur dringend bezahlbaren Wohnraum für die ärmeren Leute, sondern inzwischen auch für den Mittelstand. Eine gute Durchmischung besteht aus Menschen aller Vermögensklassen.

Die Fraktion Grüne-CSP dankt der SP für die Interpellation, dem Stadtrat für die Beantwortung und hofft sehr, dass die Aussage «Wohnen in Zug für alle» bald wieder mehr zur Realität wird.

Philip C. Brunner

Vorab danken mir Altmeister Urs Bertschi. Er hat sich da offenbar zum Schluss seiner langen Karriere im GGR einen Schupf gegeben und hat eine Anzahl gute Fragen formuliert, die ihn zu dem Zeitpunkt vor seinem Weggang aus dem GGR beschäftigt haben. Wir danken aber auch dem Stadtrat, der sich ausführlich Mühe gemacht hat, diese Fragen zu beantworten und vor allem auch ein paar zukünftige Punkte aufzuzeigen.

Uns ist die Liste 1, die erste Tabelle ins Auge gestochen. Da waren 135 Wohnungen, die entweder schon entstanden sind oder jetzt entstehen würden. Aber die Hälfte davon ist das Unterfeld. Das ist das Projekt der Korporation Zug gewesen. Sie wollte dort 170 Wohnungen realisieren. Und zwar wollte sie das – wie das meine Vorrednerin Michèle Willimann gefordert hat – für alle, für ein breites

Spektrum. Wer hat die Vorlage abgeschossen? Oder wer hat sie zumindest bekämpft in der Stadt Zug? Es war die vereinigte Linke, die aufgrund von verschiedenen Umständen die Vorlage bekämpft hat. Sie ist allerdings in der Stadt Zug angenommen worden. Das muss man fairerweise auch sagen. Sie wurde in der Gemeinde Baar abgelehnt. Dort ging man offenbar davon aus, dass das alles kein Problem sei, weshalb das entsprechende Pro-Komitee relativ inaktiv war.

Dann haben wir ja den berühmten Fall vom Haus Zentrum. Da muss ich dem Stadtrat auch den Finger in die Wunde legen. Für CHF 10 Mio. haben wir das an die Korporation verschenkt. Das war vor ein paar Jahren. Die SVP hat damals das Referendum ergriffen. Das musste ja weg, war nicht mehr sanierbar. Stellen Sie sich mal vor, was im Haus Zentrum für tolle Loftwohnungen hätten gemacht werden können. Da wäre doch der eine oder andere vielleicht aus seiner behäbigen Wohnung ausgezogen und hätte im Loft vom Haus Zentrum, mit Seesicht in den oberen Stockwerken und mitten in der Altstadt, etwas gemacht.

Aber es musste ja unbedingt gegen diesen miesen Boden im Göbli eingetauscht werden. Leider hat das Stimmvolk darüber entschieden. Jetzt ist es, wie es ist. Jetzt haben wir dort draussen eine sogenannte strategische Landreserve für die Stadt und schon ein paar Jahre später scheinen ja die Würfel gefallen zu sein, was man damit anfangen könnte. Das eine ist das in Bau befindliche Ökihofareal. Das ist ungefähr die Hälfte. Die andere Hälfte soll in den nächsten Jahren für Werkhof und FFZ verbaut werden, um diesen Ahornpark, der auf Seite 2 erwähnt ist, zu realisieren. Nur, das wird alles ein bisschen dauern, diese Projekte, die der Stadtrat da aufstellt – Steinlager, Zugerbergstrasse und Knopfliweg 4 und 6.

Zum Thema Chamerstrasse 115: Das ist dieses Areal bei der Bushaltestelle Lorzen. Dort, wo sich dieser Park&Ride-Parkplatz befindet. Bei diesem Gebäude wären wir also nicht zu haben für diese 15 bis 18 Wohnungen. Wir finden, das ist ein strategisch derart gut gelegenes Gebäude, eine Immobilie, die der Öffentlichkeit zur Verfügung stehen muss. Im besten Fall zum Beispiel den Vereinen, mit einem direkten Seeanstoss, öffentlich erschlossen. Da sollte man nicht einfach Wohnungen machen, weil die Glücklichen – das sehen wir ja auch an anderen Orten, zum Beispiel bei den städtischen Wohnungen auf dem Hafenaerial – dort ein Leben lang drinbleiben. Auch wenn die Kinder – meine Vorrednerin hat es bemerkt –, die ein oder zwei Zimmer besetzt haben, irgendwann die Wohnung der Eltern verlassen. Die Eltern bleiben dennoch dort und der entsprechende Wohnraum fehlt.

Jetzt zur angesprochenen Limite von CHF 5 Mio., Michèle Willimann hat es erwähnt. Soll man dem Stadtrat Kompetenzen geben oder nicht? Ich denke, das ist eine Frage, die man politisch klären muss. Das ist tatsächlich eine Frage, wo man verschiedener Meinung sein kann. Die Preise sind in den letzten Jahren derart angestiegen, dass selbst die öffentliche Hand nicht mehr nachkommt. Und vor allem wenn ein Betrag von CHF 5 Mio. überschritten wird, sind andere schneller.

Eine wichtige Sache wurde noch nicht erwähnt – nämlich was die AZZ und die Bürgergemeinde im Waldheim gemacht haben. Das ist in der Vorlage meines Wissens zwar nicht erwähnt, aber es scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein. Der Punkt geht nämlich auch in diese Problematik hinein – dass für ältere Leute geeigneter Wohnraum geschaffen wird. Das muss in einem vernünftigen Verhältnis sein, das ist richtig. Aber dann werden auch Wohnungen frei. Da kann dann der Markt in dem Sinn spielen, dass in eine 4.5-Zimmer-Wohnung oder ähnliches dann eben eine Familie einziehen kann und nicht ein Einzelner oder ein Paar. Das dünkt mich noch eine wichtige Sache.

Auch da kann indirekt über die Alterswohnungen, die jetzt hier nicht das Thema sind, Wohnraum geschaffen werden.

In diesem Sinn zusammenfassend nochmal besten Dank an den Stadtrat für seine Ausführungen. Es ist in der Tat so, dass das ein Dauerproblem und Herausforderung, die wir lösen müssen. Aber ich denke, eine gute Planung und ein guter Ablauf von verschiedenen Projekten ist wichtig. Die SVP ist gespannt, was gemacht wird.

Aber das Wichtigste, was wir machen können, steht auch nicht in diesem Papier, das sind die Rahmenbedingungen, die wir schaffen müssen, damit eben auch Private – die haben ja auch die entsprechenden Mittel...

Ich denke jetzt zum Beispiel an ein Projekt am Bahnhof. Leider, David Meyer, hat unsere Überbauung der Bahngelände, wo auch Wohnungen entstanden wären, Schiffbruch erlitten, insbesondere bei der SBB. Aber nebenan ist ja das Kirschloh-Areal. Da hoffe ich doch, dass der Stadtrat Druck auf die SBB ausüben kann, dass da nicht nur vier Stockwerke gebaut werden, sondern dass entsprechend in die Höhe gebaut wird. Das ist wirklich angesagt, nachdem dann der Ökiohof bald nicht mehr dort ist, ist eine grosse Raumreserve in Bahnhofnähe vorhanden. Und da bin ich bei Michèle Willmann, es braucht Wohnungen für alle. Für Reiche und für weniger Begüterte braucht es entsprechende Angebote. Die kann man zum Beispiel an so einem Ort auch schaffen. Vielleicht gibt es noch weitere Grundstücke, die quasi reif sind zum Überbauen, wo die Privaten bereit wären. Aber die brauchen entsprechende Rahmenbedingungen und sie brauchen vor allem zügige Baubewilligungen, damit sie das machen können.

Es ist im Moment ein Prozess im Gange, der dem ganzen Wohnungswesen auch ein bisschen entgegenläuft, das ist die Inflation. Die entsprechenden Hypozinsen sind am Steigen, und zwar ziemlich rasch. Das ist natürlich für den Wohnungsbau auch nicht unbedingt eine gute Nachricht, weil entsprechend für den, der das Risiko übernimmt, die laufenden Betriebskosten an die Mieter überwältigt werden müssen.

In diesem Sinn bedanken wir uns also nochmals abschliessend beim Stadtrat für die Antworten.

David Meyer

Liebe SP, man kann schon fordern. Aber wir haben es gehört, beim Unterfeld – das war ein einzelnes grosses Projekt, wart ihr dagegen. Beim Salesianum enger dranbauen – nein, darf man nicht, ist man dagegen. Beim Tech-Cluster ging es haarscharf daran vorbei, dass ihr da Dächer beleben wolltet, begehbar machen wolltet, Hürden reinbauen wolltet. Das hat man dann abwenden können. Aber das sind halt alles so Hürden, die Eigentümer abschrecken. Und dann machen sie lieber etwas, das eben nicht so eng gebaut ist, dass man nicht solche Hürden auferlegt bekommt.

Wir haben das Gleiche gesehen beim Siemens-Areal. Ich war da auch an einer Veranstaltung zum Thema, was da kommen wird. Dort wurden 5 bis 10 % geförderter Wohnungsbau angekündigt, sofort kam die Forderung von 20 %.

Das genau Gleiche haben wir beim Kirschloh gesehen. Die SBB sagte, sie mache wahrscheinlich sogar um die 30 %. Sofort kam die Forderung, wir wollen 50 %. Was hat die SBB dann gemacht? Sie hat sofort begriffen, dass sie diese Hürde nicht nehmen muss, wenn nicht verdichtet gebaut, sondern Regelbauweise gemacht wird. Dann hat sie zwar total weniger Wohnungen, aber muss nicht durch den GGR und kein Bebauungsplanprozedere machen. Das ist schneller, günstiger und die SBB kann bauen, was sie sich wünscht. Bei all diesen Sachen, jedes Mal doppelt ihr von der SP etwas hinterher. Und jeder vernünftige Eigentümer sagt: lieber nicht.

Zurlaubenhof – das nächste Projekt. Es hat eine Wiese daneben. Es gibt die Idee eines Bebauungsplans. Was hört man aus der Ecke? Auf keinen Fall zubauen. Auch da, keine Wohnungen.

Einzonen, Ortsplanung ist vom Teufel. Ja verständlich, wir sind schon relativ am Limit der Zonen. Das ist so. Aber das geht auch nicht.

Dann haben wir noch das Thema Hochbaureglement. Was habt ihr dagegen geschossen. Also wenn wir schon nicht in die Breite dürfen, auch nicht in die Höhe dürfen. Ja, wo wollt ihr denn diese Wohnungen herzaubern?

Es ist jetzt Wahljahr, da kann ja man etwas Polemik machen. Das macht ihr ja auch schön, eine Initiative habt ihr uns noch angedroht. Aber das Naturgesetz, dass der Platz sich einfach nicht vermehrt, auch wenn man das will und auch wenn man das in die Verfassung schreibt – es bleibt halt einfach nicht mehr Platz. Wenn ihr nicht in die Breite wollt, nicht in die Höhe wollt und nicht enger wollt, gibt es halt einfach nicht mehr.

Der Stadtrat hat uns jetzt gut gezeigt, was jetzt so etwa möglich und angeplant ist. Richtig, es gibt diverse Projekte. Die sind natürlich eben nicht so schnell. Auch hier Einsprachen, Forderungen und Vorstellungen, das bremst das Ganze herunter. Entsprechend kommen diese Wohnungen halt nicht schneller, die ihr da fordert.

Ja, Kollegen von der SP, ich habe euch nun einige Einzelprojekte aufgezeigt, bei denen ihr geblockt und gebockt habt und selber schuld wart. Macht die Initiative, aber seid euch bewusst, ihr seid auch Teil des Problems.

Benny Elsener

Ich finde die eher negativen Voten von der linken Seite nicht gerechtfertigt. Darum melde ich mich kurz zu Wort. Ich danke dem Stadtrat für die sehr ausführliche Bearbeitung dieses Vorstosses mit der interessanten Auflistung. Ich denke, das steckt ein enormer Aufwand dahinter.

Die Stadt ist auf Baugenossenschaften angewiesen. Und sie macht viel, sie arbeitet mit Baugenossenschaften zusammen.

Kommt noch hinzu, dass diverse Projekte in der Pipeline sind – wir haben es aus verschiedenen Voten gehört, die kommen noch.

Das Thema Unterfeld habe ich mir auch aufgeschrieben. Ich möchte das nicht wiederholen, aber das habt ihr abgeschmettert.

Und ganz zum Schluss: Es gibt viele günstige Wohnungen in der Stadt Zug. Nur, die Leute, die dort drin wohnen, gehen nicht raus.

André Wicki, Stadtrat

Besten Dank für Ihre Voten. Wir bleiben dabei, dem Stadtrat ist es ein grosses Anliegen, Wohnbaugenossenschaften zu unterstützen – und das macht er auch.

Geschätzter Rupan, wie lange bist du schon im GGR, seit 2006? Du hast also bereits Erfahrung. Wie man auf der ersten Seite der Vorlage in der Übersicht sieht, habe ich mir wirklich grosse Mühe gemacht, die Projekte zu preisgünstigem Wohnraum einzeln rauszusuchen und aufzulisten:

- Im Rank, genehmigt am 8.4.2014
- Mülimatt, Einzelbauweise, 35 Wohnungen, Bezug 2021
- Lüssi/Göbli, rechtskräftig genehmigt durch den Regierungsrat am 8.9.2015: Das heisst, es war vorher bei Ihnen im Grossen Gemeinderat. Knapp 100 Wohnungen, Baubeginn geplant im 2022.
- Unterfeld, nicht bewilligt: Dazu wurden bereits Ausführungen gemacht.

Meine Damen und Herren, es ist nicht das Wollen, es ist das Können. Und da können Sie auch einen Beitrag leisten.

Rupan, bei vielen Geschäften warst du dabei. Da habe ich schon ein bisschen Mühe mit deinen flapsigen Aussagen. Das kann ich nicht akzeptieren. Zum scheinbar mysteriösen Stopp beim Steinlager, muss ich sagen: Was ist denn da mysteriös? Wir haben alle Baugenossenschaften eingeladen. Diese mussten ein kleines Konzept bringen. Die Wohnbaugenossenschaft W'Alter war dabei, Familia war dabei und GEWOBA war dabei – 17'000 m² aGF, 80 bis 100 Wohnungen. Wir wollten das zusammen mit der Firma Schleuniger machen. Dann kam uns Corona in die Quere und Schleuniger ging es nicht gut. Schleuniger hat uns mitgeteilt, dass sie höchstens noch einen Fünftel oder einen Viertel – ich müsste nachschauen – des ursprünglichen Quadratmeteranspruchs nutzen könnten. Wir müssen deshalb das Ganze neu aufgleisen. Das wissen die Baugenossenschaften, wir haben sie informiert und eingeladen.

Bei der Zugerbergstrasse sind es zwar nur 8 Wohnungen, aber es ist nicht das Wollen, es ist das Können. Es ist jetzt gelungen, dort den gordischen Knoten zu lösen. Das hat auch mit der Situation der schulergänzenden Betreuung zu tun, hat mit St. Michael zu tun und hat mit der Schulanlage Kirchmatt zu tun. Jetzt können wir das freispielen.

Es ist nicht das Wollen, es ist das Können.

Zum Ahornpark hatten wir kürzlich die Mitwirkung. Verschiedene Gemeinderäte waren dabei. Ja, es braucht Zeit.

Bei der Chamerstrasse möchten wir schon lange loslegen, können wir aber nicht. Die Unterführung muss sicherheitstechnisch – Stichwort Feuerwehr – zuerst breiter und grösser werden. Der Kanton ist dabei, die Korporation ist dabei und die Stadt Zug ist dabei. Wissen Sie, wie der neue Campingplatz aussieht? Ich weiss es nicht.

Ich kann Ihnen nur sagen, dass der Stadtrat immer sehr stark dabei war.

V-Zug, der Bebauungsplan Technologiecluster war auch hier im Grossen Gemeinderat. Wir haben einen Letter of Intent gemacht: 10'000 m² preisgünstiger Wohnungsbau. 80 Wohnungen, 100 Wohnungen – ich kann es Ihnen nicht sagen, es kommt architektonisch darauf an, wie gross die Wohnungen sein sollen.

Den Bebauungsplan Hertzentrum haben wir auch hier im Gemeinderat gehabt.

Gemäss den Bebauungsplänen Technologiecluster und Hertzentrum sind insgesamt rund 18'000 m² preisgünstiger Wohnraum zu realisieren. Das sind doch alles Punkte, die kommen.

Im Landis&Gyr-Areal haben wir auch eine Vereinbarung gemacht, dass sie entsprechend preisgünstigen Wohnungsbau machen müssen.

Also werfen Sie mir oder uns nicht vor, dass der Stadtrat hier nichts macht. Der Stadtrat kennt Zug. Der Stadtrat weiss, was es braucht. Wir wollen auch diese soziale Durchmischung haben. Es braucht einfach Zeit.

Es ist nicht das Wollen, sondern das Können.

Barbara Gysel

Ich finde die Debatte hochinteressant, das muss ich sagen. Ich bin tatsächlich mit einigen Punkten einverstanden, dass Vertretungen der SP, Vertretungen der Linken, aber auch ganz allgemein vielleicht nicht unbedingt die leichtesten Diskussionspartnerinnen und Partner sind, wenn es um die konkreten Projekte geht. Weil – das hat einen einfachen Grund – das preisgünstige und bezahlbare Wohnen ist eben nicht das einzige Kriterium.

Und ich kann Ihnen versichern, genau die Diskussion, wie sie beispielsweise beim Unterfeld erwähnt wurde, hat parteiintern, hat innerhalb der Linken zu mindestens so grossen Diskussionen geführt. Das heisst, preisgünstiges, bezahlbares Wohnen ist elementar. Ich glaube, da sind sich alle einig – unabhängig davon ob es ein Wahljahr ist oder nicht. Aber das ist nicht das einzige Kriterium.

Mit was ich hingegen überhaupt nicht einverstanden bin, ist, dass jetzt eine Täter-Opfer-Umkehr-Logik erfolgt. Es kommt mir so vor, als wären massenhaft hervorragende Lösungen und Projekte auf dem Tisch und die Linke würde die konstant verhindern. Diese Umkehrlogik finde ich überhaupt nicht korrekt. Da bitte ich um etwas mehr Sachlichkeit.

Ich bin absolut einverstanden, dass es Projekte gab, die nicht zustande kamen.

Ich anerkenne auch – das ist aus meiner Perspektive –, dass der Stadtrat sich bei verschiedenen Punkten bemüht hat. Aber, Herr Wicki: Ja, es geht um das Nicht-Können. Und wenn wir jetzt daran denken, dass es eben auch Zeit braucht, bin ich nicht einverstanden, dass der Stadtrat immer das Möglichste getan hat. Denken wir an den Anfang der 80er-Jahre zurück. Damals forderte die städtische Initiative der SP 400 bezahlbare städtische Wohnungen. Es hat 30 Jahre gedauert, bis man haarscharf irgendwie diese 400 Wohnungen hinbrachte. Das waren 30 Jahre.

Deswegen würde ich doch darum bitten: Ich bin einverstanden, dass die Komplexität von diesem Politikfeld immens hoch ist. Es ist nicht einfach, gute Lösungen zu finden, die zügig umgesetzt werden können. Aber das jetzt in der Debatte so hinzustellen, als wären wir die Verhindererinnen und Verhinderer, das finde ich einfach nicht adäquat.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

12. Postulat Jürg Messmer, SVP, vom 30. Juni 2020 betreffend «Angemessene Verdankung an abtretende Mitglieder des Grossen Gemeinderats, respektive des Kantonsrat» (Version Büro GGR)

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Büros des Grossen Gemeinderats Nr. 2725 vom 18. März 2022

Jürg Messmer

Ich bedanke ich für die Beantwortung meines Postulates aus dem Jahr 2020. Grundsätzlich bin ich erfreut von der Antwort, sie sagt mir zu. Es gibt ein, zwei Sachen, wo ich nicht ganz mit dem Büro GGR übereinstimme.

Das eine ist die Abstufung der Verabschiedungsgeschenke. Ich weiss nicht, was die Überlegungen beim Büro GGR gewesen sind. Bis zu 2 Dienstjahren, dann bis zu 6 Dienstjahren und ab dem 6. Dienstjahr wird man jeweils abgestuft ein Präsent überreichen. Wenn wir nachschauen, wie lange die Ratsmitglieder heute in diesem Rat sind, dann lässt sich feststellen: Es gibt gerade mal zwei Personen, die über 20 Jahre dabei sind. Das sind Stefan Hodel und Manfred Pircher. Es gibt acht Personen, die zehn Jahre oder länger dabei sind. Und es gibt 11 Personen, die 5 Jahre oder länger dabei sind. Wie der Vorschlag vom Büro GGR zur Abstufung daherkam, ist mir verschlossen. Ich hätte jetzt eher eine Abstufung gesehen:

- 1 bis 5 Jahre
- 6 bis 10 Jahre
- Ab 11 Dienstjahren.

Der Sinn des Postulats war ja nicht, dass man einfach jedem gleich die ganze Palette übergibt, sondern dass das gemäss Einsatz hier im Stadtparlament etwas abgestuft ist. Vielleicht kann mir die Ratspräsidentin oder ein Vertreter vom Büro GGR dies dann noch ein wenig näherbringen.

Beim Durchlesen der Antwort ist mir aufgefallen, dass im Abschnitt «Urkunden, Kreation und Druck» in der zweiten Zeile steht «vgl. Entwurf im Anhang». Ich habe die Vorlage nur elektronisch erhalten. Vielleicht haben Personen, welche die Unterlagen ausgedruckt bekommen, diesen Anhang gefunden. Ich jedenfalls habe ihn nicht gefunden, auch nicht im Extranet. Eine Anfrage bei der Frau Präsidentin ist leider unbeantwortet geblieben.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson gibt zu verstehen, dass eine Antwort diesbezüglich erfolgt ist.

Jürg Messmer

Ich habe es nicht bekommen. Wenn das irgendwo verlorengegangen wäre, dann tut es mir leid. Ich habe es bis jetzt nirgends gesehen. Ich hätte den Entwurf gerne angeschaut, das ist aber nicht zwingend. Für mich ist es nicht massgebend, wie schlussendlich die Urkunde daherkommt. Das überlasse ich wirklich dem Büro GGR.

Von dem her bedanke ich mich für die wohlwollende Aufnahme des Postulates und bin natürlich der gleichen Ansicht wie das Büro GGR, dass man dies so verabschieden würde.

Ich bin mir jetzt nicht ganz sicher, ob ich einen Antrag stellen soll, dass die Abstufung ein wenig anders daherkommt. Ich weiss nicht, ob es nun eine Debatte gibt und andere Personen dazu noch

Anmerkungen machen. Sollte es eine Debatte über diese Abstufung geben, dann würde ich den Antrag stellen, die Abstufung wie folgt zu ändern:

1. abtretende Gemeinderatsmitglieder mit 1 bis 5 Dienstjahren
2. abtretende Gemeinderatsmitglieder mit 6 bis 10 Dienstjahren
3. abtretende Gemeinderatsmitglieder ab 11 Dienstjahren

Ich lasse das einfach mal als Eventualantrag hier stehen. Wenn die Debatte dahin geht, dass dies eine Möglichkeit wäre, dann würde dieser Antrag zum Tragen kommen.

Heinz Röthlisberger

Ich lese das Votum von Gemeinderätin Mara Landtwing vor, die heute abwesend ist: Die SP-Fraktion erkennt, dass eine Verdankung abtretender Mitglieder für einige des Rats ein wichtiger Bestandteil einer gelungenen GGR-Zeit darstellt. So anerkennen wir auch die Beharrlichkeit des Postulanten, der sich für dieses Thema einsetzt. Um die Sache dennoch langsam abschliessen zu können und keine längere Diskussion zu provozieren, stimmen wir dem Antrag des GGR-Büros und seinem doch grosszügigen Verabschiedungsvorschlag mehrheitlich zu.

Stefan Hodel

Darf man sich in Zeiten wie diesen, in welchen nur 1600 Kilometer von hier Menschen täglich um ihr Leben kämpfen, mit der Frage beschäftigen, wie wir uns beim Abschiednehmen aus diesem Rat beschenken wollen? Sie sehen, «das regt mich auf». Das habe ich auch in der Fraktion, bin aber nicht durchgekommen mit meinem Antrag, nicht über dieses Thema diskutieren zu müssen. Der Antrag wurde nicht angenommen.

Wir diskutierten in der Folge das Thema engagiert in der Fraktion. Wir fragten uns, ob es, nach den grosszügigen Erhöhungen der Sitzungsgelder vor nicht allzu langer Zeit, wirklich angebracht ist, uns noch weiter zu belohnen. Wären nicht symbolische Geschenke, die auf die einzelne Person zugeschnitten sind, sinnvoller, zum Beispiel eine Flasche Kirsch für die Liebhaberin von Hochprozentigem, ein Blumenstraus für den Pflanzenfreund, ein Gutschein von Velo Baumgartner für den Offroadfahrer? Ein Sack Hafer für den Pferdefreund?

Wir waren uns einig: Wir wollen keine Gutscheine von Pro Zug, wir wollen keine gravierten Schreibgeräte, die im Zeitalter der Digitalisierung kaum noch zum Einsatz kommen. Wir finden es aber mehrheitlich gut, wenn den Abschied nehmenden Mitgliedern des GGR eine auf den Anlass zugeschnittene, durch eine Zuger Künstlerin gestaltete Urkunde überreicht werden kann.

Wir sind uns aber im Grundsatz einig, dass wir im Alltag schon kräftig belohnt werden durch die Tatsache, dass wir hier als Vertreter der 30'000 in der Stadt wohnenden Zugerinnen und Zuger, auch die Ausländer gehören dazu, tatkräftig an der Gestaltung unserer Stadt teilnehmen können. Ist es nicht ein gutes Gefühl, mit auswärtigen Gästen durch die Stadt zu streifen und zu erzählen, was wir wo bewilligt haben – oder vielleicht wo wir was nicht verhindern konnten? Durch die Tätigkeit im Rat wird diese Stadt zu unserer Stadt. Das soll unser Antrieb und unsere Entschädigung sein – und nicht ein goldiger Füllfederhalter oder ein Gutschein von Pro Zug, mit dem ich dann in der Migros meine «Hörndli» einkaufen kann.

Maria Hügin

Ich bin nicht sicher, ob wir mit diesem Vorstoss tatsächlich das erreichen, was wir erreichen wollen. Wertschätzung, wirklich gelebte Wertschätzung, das ist kein standardisierter Prozess. Wertschätzung hat damit zu tun, wie wir miteinander in diesem Rat umgehen.

Und wir haben gute Beispiele erlebt, sehr gute Beispiele sogar. Ich erinnere an die Rede von Philip C. Brunner bei der Verabschiedung von Monika Mathers. Das war wirklich echte Wertschätzung.

In diesem Sinne habe ich den Eindruck, dass wir hier etwas versuchen gut zu machen oder ein bisschen anders zu machen, was am Schluss verpufft. Die Wirkung wird verpuffen. Niemand von uns wird nach 2, 4, 8, 16 Jahren GGR die Zeit, die er hier erlebt hat, daran messen, was er zum Abschied erhalten hat, sondern an den Worten, die wir miteinander ausgetauscht haben, an den Treffen, die wir nach den GGR-Sitzungen gehabt haben. Das ist das, was unsere Wertschätzung füreinander ausmachen sollte. Und in diesem Sinne bin ich wirklich der Meinung: Wir können diesem Vorstoss zustimmen, er wird nicht schaden. Aber ob er wirklich etwas bringt, das bezweifle ich.

Stefan W. Huber

Ich möchte anregen – unabhängig von der Wertediskussion darüber, was wirklich zählt, und Kugelschreibern etc. –, dass man sich vielleicht dazu überwinden könnte, ein einfaches Diplom oder einfach eine schriftliche Bestätigung auszustellen.

Es geht auch um die Stärkung des Milizsystems. Ich weiss nicht, wie das ist, wenn ich mich mal irgendwo bewerbe. Dann kann man einfach mal angeben, dass man so und so viele Jahre im Gemeinderat gewesen ist. Oder man kann später mal seinem Kind diese Urkunde zeigen.

Ich finde, eine kleine Urkunde als Anerkennung, als Wahrnehmung oder Bestätigung für die Zeit, die man in diesem Rat gewesen ist, ist sehr einfach zu machen. Es wäre mir und der GLP wirklich ein Anliegen, wenn man zumindest diese Minimallösung umsetzen könnte, einfach eine schriftliche Bestätigung, wie lange und in welchen Jahren man im Gemeinderat gewesen ist.

Gregor R. Bruhin

Ich möchte die Liste von möglichen Abschiedsgeschenken nicht erweitern, obwohl ich natürlich diesen Sack Hafer sehr gerne nehmen würde. Aber unabhängig davon lade ich dich, Stefan, natürlich auch an unsere Zuger Springkonkurrenz ein, wo wir dann gemeinsam den Pferden zuschauen können, auch wenn wir sie nicht füttern dürfen.

Der Punkt ist aber eigentlich ein anderer. Ich könnte jetzt lange darüber referieren – aus meinem Beruf, dem Personalwesen –, was Wertschätzung bedeutet. Ich glaube, dass die grundsätzliche und auch meine Auffassung ist, dass es eine Form der Wertschätzung braucht. Weil wir alle – bis und mit Kantonsrat, wo man neben dem Beruf ein Milizengagement ausübt – stellen uns in den Dienst der Gesellschaft. Und ob das im Endeffekt ein Sack Hafer, ein goldiger Kugelschreiber oder eine Urkunde ist – ich denke, für diesen Dienst an der Gesellschaft ist eine wertschätzende Geste gerechtfertigt. Und ich habe hier das entsprechende Vertrauen, dass das Büro GGR das entsprechend aufnehmen und machen wird.

Ich freue mich durchaus trotzdem auch weiterhin auf gute Gespräche in der Pause oder auch mal auf eine Zigarette und ein Glas Wein nach der Sitzung, beispielsweise mit Maria, oder auch andere Formen der Zusammenarbeit. Ich glaube, das hat mit der Wertschätzung im Endeffekt wenig zu tun. Die können wir durchaus untereinander pflegen, aber hier geht es um einen verdienten Einsatz an der Gesellschaft, an Zug, an unserer Stadt oder unserem Kanton, der mit einer Geste entsprechend belohnt werden sollte. Davon bin ich überzeugt.

Corina Kremmel

Ich möchte mich kurz halten, das erste Drittel hat bereits begonnen.

Zuerst möchte ich mich bei Maria bedanken für ihr Votum. Sie hat mit allem, was sie gesagt hat, wirklich recht. Ich denke, das sollten wir uns zu Herzen nehmen.

Ich bin etwas erstaunt über das Votum von Stefan Huber. Du bist im Büro GGR und wir haben diese Thematik lange und intensiv diskutiert. Es erstaunt mich jetzt doch ein bisschen, dass du jetzt nochmals mit so einer Urkunde kommst. Das macht nicht so Sinn, wenn wer das vorher schon lange diskutiert haben. Ich bin der Meinung, wir haben jetzt eine Urkunde gemacht. Diese bekommt jedes Ratsmitglied, egal wie lange es dabei war. Jetzt wieder eine Diskussion zu beginnen, wieso und warum wir nicht einfach ein normales Dokument haben – das hat mich ein wenig erstaunt.

Und noch an Jürg Messer: Wir haben lange diskutiert – vielleicht nehme ich jetzt das Votum der Ratspräsidentin etwas vorweg –, ob es ein Geschenk für alle sein soll oder ob es ein bisschen mehr sein sollte für Ratsmitglieder, die länger im Rat dabei waren. Unbestritten kann jemand in 2 Jahren genau gleich viel leisten wie jemand in 20 Jahren – das soll es durchaus geben. Nichtsdestotrotz ist es auch eine grosse Leistung, wenn man so viel Ausdauer hat und hier 20 Jahre im Rat sitzt. Das war ein bisschen der Grund, warum wir eine kleine Abstufung gemacht haben. Das soll nicht heissen, dass jemand besser oder schlechter ist, wenn er länger oder weniger lang dabei ist.

Stefan W. Huber

Geschätzte Corina, da hast du mich wahrscheinlich falsch verstanden. Ich wollte gar keine neue Diskussion anreissen, sondern ich habe das Gefühl bekommen, dass am Schluss das Kind mit dem Bade ausgeschüttet wird und gar nichts mehr übrigbleibt, auch kein Diplom oder eine Urkunde, wie auch immer man das nennen will.

Rein interessenshalber noch die Frage: Was bekommt der Stadtrat eigentlich am Ende seiner Amtszeit? Ein Arbeitszeugnis wird er ja nicht bekommen? Einfach eine schriftliche Bestätigung für seine Arbeit? Das würde mich jetzt noch interessieren, was der Stadtrat bekommt.

Martin Würmli, Stadtschreiber

Aus rein rechtlicher Sicht ist die Antwort: Wenn ein Stadtratsmitglied das wünscht, erhält es eine Arbeitsbestätigung über die Dauer des Anstellungsverhältnisses bei der Stadt Zug, aber kein Zeugnis und auch keine Wertschätzung.

Karl Kobelt, Stadtpräsident

Der Stadtschreiber hat diese Frage aus rechtlicher Sicht beantwortet. Ich kann die Frage aus persönlicher Sicht beantworten: Ich hoffe doch sehr, dass Vroni Straub und ich nach dieser Legislatur und vor dem Ausscheiden aus dem Stadtrat die gebührende Wertschätzung von den Kolleginnen und Kollegen erhalten werden. Ich gehe davon aus, dass das so sein wird. Wir können darüber dann nachher sehr gerne sprechen.

André Wicki, Stadtrat

Um das Ganze noch abzurunden: Eliane, Urs und ich werden euch bestimmt einen warmen Händedruck geben.

Tabea Zimmermann Gibson, Ratspräsidentin

Ich werde kurz Stellung nehmen zu ein paar Aspekten, die genannt wurden.

Jürg Messmer, es freut mich, dass du das insgesamt positiv aufnimmst. Ich habe dir eine Antwort geschickt. Den Entwurf habe ich dir nicht zugestellt, das stimmt. Das bewusst, weil wir entschieden hatten, den Entwurf nicht mitzuschicken, weil es einerseits eine kleine Überraschung sein darf und man sich andererseits über Geschmäcker gewissermassen streitet. Wir haben keine Lust, uns hier über Geschmäcker zu streiten. Im Büro GGR haben wir gesagt, das Präsidium, der Präsident oder die

Präsidentin, wird sich dieser Geschenke annehmen. Ich habe das Geschenk mit dem Vizepräsidenten angeschaut. Dass wir den Entwurf der Urkunde nicht mitgeschickt haben, war bewusst. Wir hätten aber den Satz, dass sich der Entwurf im Anhang befindet, aus der Vorlage streichen müssen. Das haben wir vergessen. Ich entschuldige mich dafür.

Zur Thematik der Abstufung haben wir uns im Büro GGR intensiv ausgetauscht. Soll es eine Abstufung geben? Ja, nein, und wenn ja, was? Wir haben uns darauf geeinigt, was sie in der Vorlage zu lesen ist. Dies im Wissen darum, dass man es nicht immer allen recht machen kann. Auch im Wissen darum, dass die einen, die nur kurz dabei sind, aber vielleicht sehr intensiv, allenfalls mehr gemacht haben als andere, die lange dabei waren.

Ich als Präsidentin nehme im Namen des Vizepräsidenten und zukünftiger Büros GGR auf, dass nicht fixfertig festgelegt sein soll, was denn das Geschenk sein soll. Das mit dem Gutschein war auch einfach eine Standardlösung, die unseres Erachtens mal so weit gut funktioniert. Ich möchte hier auch an die Fraktionschefs und deren Selbstverantwortung appellieren. Wenn Sie wissen, dass eines ihrer Gemeinderatsmitglieder wirklich gerne seinem Pferd noch etwas mehr Hafer verfüttern möchte, dann bitte ich darum, dies der Ratspräsidentin, dem Ratspräsidenten zu melden, damit die Geschenke dann auch ein bisschen personalisierter sein können.

Wenn Ihnen das recht ist, nehmen wir vom Büro GGR diese Rückmeldungen auf, dass Sie diesen Vorschlag so weit positiv zur Kenntnis nehmen, dies auch hinsichtlich Grössenordnung der Geschenke, dass wir uns aber abgesehen von der Urkunde nicht sklavisch an diesen Vorgaben halten. Ich persönlich finde den Kugelschreiber eigentlich ein schönes Andenken, auch wenn man es im Moment vielleicht gerade ein bisschen doof findet. Aber rückblickend ist es dann vielleicht doch immer eine schöne Erinnerung, wenn man diesen Stift zum Unterschreiben zur Hand nimmt. Wenn jetzt aber jemand zum Voraus weiss, dass er diesen Griffel nur mit Widerwillen anschauen würde – und verschenken kann man den ja dann nicht, weil er personalisiert ist –, würde ich dann darum bitten, dass man dem Ratspräsidium oder der Stadtkanzlei mitteilt, dass dieser Person kein Schreibzeug mitgegeben werden soll.

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt auf Nachfrage fest, dass vom Rat keine Einwände zu diesem Vorgehen, der Grössenordnung der Geschenke und der flexiblen Handhabung dieser Vorlage geäussert werden.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Bericht des Büros des Grossen Gemeinderats zur Kenntnis genommen hat.

13. Postulat der SVP-Fraktion vom 5. Januar 2022 betreffend «Wir wollen den glasklaren Durchblick beim Spenden von Steuergeldern an gemeinnützige Hilfswerke (Non-Profit-Organisationen (NPO's). - Diese Transparenz erhalten wir mit dem Zewo*-Gütesiegel»

Es liegt vor:

- Bericht und Antrag des Stadtrats Nr. 2726 vom 22. März 2022

Philip C. Brunner

Unser Wunsch wurde in dem Sinne erfüllt, dass der Stadtrat eine ausgezeichnete Antwort abgeliefert hat. Wir sind sehr zufrieden mit den Details. Vor allem auch mit der Beilage, welche die Richtlinien für die Gewährung von städtischen Beiträgen ist. Da sind zwei Dokumente, welche der Stadtrat sich auferlegt hat.

In der Tat staunt man, was da alles herausgefunden wurde beziehungsweise welche Hilfeleistungen – im Ausland nämlich in der Höhe von CHF 50'000.00 und im Inland von CHF 25'000.00 – geleistet wurden. Sämtliche Beiträge sind ZEWO-zertifiziert. Das ist sehr beruhigend.

Insgesamt kann man sagen: Wir werden diese Antwort des Stadtrats zur Kenntnis nehmen und stimmen dem Antrag zu, das Postulat als erledigt von der Geschäftskontrolle abzuschreiben.

In diesem Sinne haben wir einen glasklaren Durchblick erhalten. Und wir glauben auch, dass das ZEWO-Gütesiegel zwar eine gute Sache ist, es aber einen gewissen Grundaufwand gibt, die man beachten muss, wie der Stadtrat uns mit der Jahresgebühr und rechtlichen Hindernissen aufzeigt. In diesem Sinne sind wir überzeugt, dass der Stadtrat auch in Zukunft die Projekte sorgfältig evaluiert, es aber bei gewissen Projekten – wir haben ja gerade heute diesbezüglich eine Vorlage in der Höhe von CHF 200'000.00 verabschiedet mit drei Hilfswerken – auch ohne ZEWO-Gütesiegel geht.

Vielen Dank dem Stadtrat für seine sehr ausführliche und detaillierte Bearbeitung unseres Vorstosses.

Martin Iten

Update: Es steht 1:0 für den EVZ.

Die Fraktion ALG-CSP bedankt sich bei den Postulanten für den Vorstoss und dem Stadtrat für die Vorlage. Das Hauptanliegen der Postulanten wurde mit der Forderung nach «glasklarem Durchblick» formuliert. Und diesem Hauptanliegen wird der Stadtrat mit seiner hier in der Beantwortung aufgezeigten Praxis durchaus gerecht. Es gibt vernünftige, ausgewogene und nachvollziehbare Richtlinien, die praktisch zu handhaben sind und rechtlich auf solidem Boden stehen. Die Transparenz ist gewährleistet.

Die Postulanten fordern bei Hilfeleistungen im In- und Ausland, die eine Obergrenze von CHF 10'000.00 übersteigen, die konsequente Ausschlusskriterium nicht anwenden will, sehr wohl aber die Kontrollmechanismen hochhält, begrüssen und anerkennen wir. Die Zertifizierung durch ZEWO ist sicherlich eine sehr gute Sache, kann aber gerade für kleinere Hilfswerke eine zu grosse finanzielle und administrative Hürde darstellen. Auch junge Initiativen, die allenfalls in einer konkreten Krisensituation entstehen, Initiativen, die schnell agieren können und sollen, jedoch noch keine Zertifizierung vorweisen können, wären dadurch von einer Unterstützung prinzipiell ausgeschlossen. Auch die hier im Rat vielgelobte und -besprochene grossartige Auslandhilfe im steirischen Fürstenfeld in den Nachkriegsjahren hätte wohl aufgrund der fehlenden Zertifizierung nicht stattfinden können.

Wir sollten daher die Kriterien in Bezug auf Zertifizierungen nicht zu straff halten und insbesondere den verantwortlichen Personen Ermessensräume überlassen. Transparenz, Rechtmässigkeit und ein korrekter Umgang mit Unterstützungsgeldern ist absolut wichtig und richtig – hierzu hat der Stadtrat zur Sicherstellung bereits die nötigen Instrumente zur Hand.

Schön wäre es, wenn sich der Stadtrat durch solche Einschüchterungsvorstösse nicht beirren lässt und das soziale Gewissen bei Hilfeleistungen – natürlich im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten, die ja aktuell immens vorhanden sind – durchaus herzlich auslebt. Noch mehr auslebt. Die gelebte Solidarität mit Minderprivilegierten – hüben wie drüben – dürfte durchaus noch mehr zu einem Stadtzuger Markenzeichen werden. Nur Mut.

Die Fraktion Alternative-CSP empfiehlt Ihnen daher positive Kenntnisnahme und Abschreibung von der Geschäftskontrolle.

Laurence Uttinger

Die FDP-Fraktion nimmt Bericht und Antrag des Stadtrates zur Kenntnis und dankt für die ausführliche Beantwortung des Postulats.

Wir entnehmen dem Bericht im Hinblick auf die von den Postulaten gestellte Frage zweierlei:

Der Stadtrat konnte erstens überzeugend aufzeigen, dass die Verwaltung bereits bisher mögliche Empfänger von städtischen Spendengeldern genau unter die Lupe genommen hat. Dazu gehört auch, dass er dort auf das ZEWO-Gütesiegel abstellt, wo es sinnvoll ist. Der Stadtrat kam und kommt damit den Anforderungen an eine seriöse Prüfung von Empfängerorganisationen, wie sie die Postulanten fordern und wie sie selbstverständlich im Interesse aller Steuerzahler sind, bereits nach.

Zweitens zeigt der Bericht, dass ein absolutes Verbot von Organisationen ohne ZEWO-Gütesiegel nicht sinnvoll ist, weil sie die Sicherheit bei der Verwendung der Gelder oder die Qualität der Empfängerorganisationen nicht erhöht, aber unter Umständen kleinere, lokale Organisationen ausschliesst, bei denen viel freiwilliges Engagement dahintersteckt und die gerade auch aufgrund ihrer lokalen Verankerung von der Verwaltung selbst überprüft werden können.

Die FDP-Fraktion sieht daher keinen Grund, den Handlungsspielraum des Stadtrates unnötig einzuschränken.

Benny Elsener

Die Mitte-Fraktion dankt dem Stadtrat für den ausführlichen Bericht und nimmt diesen zur Kenntnis.

Wir begrüssen es, dass der Stadtrat bei der Verwendung von finanziellen Hilfeleistungen im Inland bestimmte Kriterien prüft. Dies erachten wir auch als angemessen.

Für Auslandshilfeleistungen wird in der Regel eine Organisation mit dem ZEWO-Gütesiegel berücksichtigt, muss aber nicht sein. Wie heute bei der Organisation Glückskette, die hat ja bekanntlich das Gütesiegel ZEWO nicht.

Die Mitte-Fraktion begrüsst, die jeweilige Hilfeleistung situativ zu prüfen, und beharrt nicht auf dem ZEWO-Gütesiegel.

Die Finanzmarktaufsicht in der Schweiz wird durch die FINMA gewährleistet und trotzdem kommt es vor, dass Schweizer Banken vor Gericht eine Schuld eingestehen müssen und hohe Strafen zahlen. Eine Garantie gibt es trotz Aufsicht nicht.

Dies könnte auch bei Hilfeleistungen zutreffen, also ZEWO hin oder her, für uns nicht notwendig. Eine situative Beurteilung mit klaren Kriterien ist zielorientiert.

Die Mitte-Fraktion nimmt positiv Kenntnis.

Philip C. Brunner

Ich möchte noch zwei Dinge sagen.

Erstens: Zum ZEWO-Zertifikat hat die Direktion des Innern im Zusammenhang mit der Hilfe für die Ukraine an ihrer Pressekonferenz der Öffentlichkeit ausdrücklich mitgeteilt, man solle nicht einfach spenden, es gäbe da diverse Organisationen, die wie Pilze aus dem Boden schießen. Man solle deshalb Organisationen unterstützen, die dieses ZEWO-Zertifikat haben. Das wurde ja auch in der Diskussion von meinen Vorrednern durchaus anerkannt, dass das eine gute Sache ist.

Und das bringt mich zu meinem zweiten Punkt. Es ist da ein hässliches Wort gefallen, das ich im Namen der Fraktion absolut zurückweisen muss. Wir machen keine Einschüchterungsvorstösse. Absolut nicht. Wir nehmen unsere Aufgabe wahr. Schliesslich sind wir hier, ist der GGR der Chef des Stadtrates. Und falls jemand vergessen haben sollte, dass wir eine gewisse Kontrolle, eine Oberaufsicht ausüben, dann möchte ich das doch hier festgehalten haben.

Der Stadtrat arbeitet in unserem Auftrag. Und wir müssen ja nicht nur befehlen, was zu tun ist, sondern wir sollen auch kontrollieren, was gemacht wird.

Karl Kobelt, Stadtpräsident

Der Stadtrat sieht sich hier nicht in der Rolle des Untergebenen des GGR. Ich glaube, es ist ein gutes Zusammenspiel zwischen Legislative und Exekutive zum Wohle der Stadt. Das würde ich doch noch präzisierend hinzufügen.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat den Bericht des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat. Das Postulat wird als erledigt von der Geschäftskontrolle abgeschrieben.

14. Interpellation der Mitte-Fraktion vom 14. Dezember 2021 betreffend Aufgabenzuweisung an den Stadtrat durch den GGR

Es liegt vor:

- Antwort des Stadtrats Nr. 2723 vom 15. März 2022

Manuela Leemann

Vielen Dank für die Ausführungen zu unserem demokratischen Rechtsstaat und der Gewaltentrennung. Uns ist durchaus bewusst, dass wir die drei Gewalten und eine Gewaltentrennung haben. Vorher wurde uns ja auch noch schön unsere Funktion im GGR erklärt. Doch entscheidend ist das vorliegend nicht wirklich.

Einerseits ging es uns mit dem Vorstoss darum, Aufgaben des Stadtrats festhalten zu können, die ohnehin beim Stadtrat liegen. Eigentlich sollte dies ja nicht nötig sein, aber wie die FDP-Motion «Pflege der Rechtsammlung Stadt Zug» zeigte, kann darüber durchaus Uneinigkeit bestehen. Diese in der Gemeindeordnung festzuhalten, erscheint uns nicht sachgerecht, und die Geschäftsordnungen sind – wie im Bericht des Stadtrats auch erwähnt wird – eher Verfahrensordnungen.

Und da komme ich schon zum zweiten Punkt. Wenn wir dem Stadtrat Aufgaben mittels Motion der Gemeindeordnung oder der Geschäftsordnung des GGR zuweisen können, sollte dies doch auch mittels eines Delegationsparagrafen in der Gemeindeordnung möglich sein. In beiden Fällen werden dem Stadtrat vom GGR Aufgaben zugewiesen. In beiden Fällen beantragt der GGR die Änderung. Inwiefern ist dies für die Gewaltentrennung relevant?

Nun, wir bedauern es, dass es keine andere Möglichkeit gibt, und hoffen, dass es nicht schon bald wieder zu Unklarheiten über die Aufgabenteilung zwischen GGR und Stadtrat kommt. Die Grundproblematik mit der Pflege der Rechtssammlung, die den Ausschlag für unsere Interpellation gegeben hat, ist zum Glück gelöst.

In dem Sinn nehmen wir Kenntnis von der Antwort des Stadtrats.

Alexander Eckenstein

Die FDP-Fraktion verdankt den Interpellanten die Fragen von grundlegender Bedeutung und dem Stadtrat die klaren und nachvollziehbaren Antworten dazu.

Wie ich hier respektive damals im Theater Casino bereits anlässlich meines Votums vom 14. Dezember 2021 ausgeführt habe, vertritt die FDP-Fraktion betreffend die Prüfung der Aktualität des städtischen Rechts folgende Auffassung:

1. Uns erscheint es richtig, dass der Stadtrat seine Zuständigkeit vorerst in der Geschäftsordnung des Stadtrats verankert hat.
2. Aus unserer Sicht müsste diese Zuständigkeit von der Systematik her aber korrekterweise in der Geschäftsordnung des GGR der Stadt niedergeschrieben werden.
3. Es dünkt uns jedoch unverhältnismässig, allein wegen diesem Anliegen eine Teilrevision der Geschäftsordnung anzustossen. Wir beantragen daher dem Stadtrat auf diesem Weg nochmals informell, dieses Anliegen im Rahmen einer nächsten Revision anzumerken. Beispielsweise im Zusammenhang mit der in Aussicht gestellten Einführung von den Transparenzvorschriften.

Bruno Zimmermann

Wir bedanken uns für die Antwort des Stadtrates. Der Stadtrat erklärt noch einmal ausführlich das Prinzip der Gewaltenteilung. Dieses Prinzip darf auf keinen Fall verletzt werden. Mit dem Vorschlag der Interpellanten, mehr Aufgaben an den Stadtrat abzugeben, wird dieses Gewaltenteilungsprinzip verletzt. Zu Recht lehnt der Stadtrat den Wunsch einer Anpassung der Gemeindeordnung ab.

Die weiteren Fragen werden ebenfalls ausführlich vom Stadtrat beantwortet, mit der jeweiligen Referenz auf die Gemeindeordnung, GSO, usw.

Die SVP-Fraktion ist der Meinung, dass es heute bereits ausreichende Möglichkeiten gibt, Aufgaben an den Stadtrat oder die Verwaltung abzugeben, und dies mit der Einhaltung des Gewaltenteilungsprinzips. Man muss diese Möglichkeiten einfach nur nutzen.

Die SVP-Fraktion nimmt die Antwort des Stadtrates zur Kenntnis.

Karl Kobelt, Stadtpräsident

Ich bedanke mich für die wohlwollende Aufnahme der Antwort des Stadtrates auf die Interpellation der Mitte. Die Anregung, das besagte Anliegen in einer nächsten GSO-Revision zu behandeln, nimmt der Stadtrat gerne auf. Ich verweise aber darauf, dass es dann Sache des GGR ist, über entsprechende Anpassungen zu befinden.

Ergebnis

Ratspräsidentin Tabea Zimmermann Gibson stellt fest, dass der Rat die Antwort des Stadtrats zur Kenntnis genommen hat.

15. Diverses

Die nächste Sitzung des GGR findet statt:

Dienstag, 10. Mai 2022, 17:00 Uhr

Für das Protokoll

Martin Würmli, Stadtschreiber

Beilagen:

1. Abstimmungsergebnisse: Protokoll der Sitzung vom 14. April 2022
2. Abstimmungsergebnisse: Zusammenfassung
3. Präsenzliste